

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Donnerstag (Vormittag), 17. Juni 2021 / Jeudi matin, 17 juin 2021

Direktion für Inneres und Justiz / Direction de l'intérieur et de la justice

75 2021.DIJ.1758 Kreditgeschäft GR
Ausgliederung der fünf kantonalen Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe. Projektkosten für Umsetzungsphase 2021-2023. Objektkredit

75 2021.DIJ.1758 Affaire de crédit GC
Autonomisation des cinq institutions cantonales d'aide à l'enfance et à la jeunesse. Coûts relatifs à la phase de mise en œuvre pour les années 2021 à 2023. Crédit d'objet

Gemeinsame Beratung der Geschäfte 2021.DIJ.1758, 2021.DIJ.1761, 2021.DIJ.1762, 2021.DIJ.1763, 2021.DIJ.1764 und 2021.DIJ.1765. /

Délibération groupée des affaires 2021.DIJ.1758, 2021.DIJ.1761, 2021.DIJ.1762, 2021.DIJ.1763, 2021.DIJ.1764 et 2021.DIJ.1765.

Eintretensdebatte / Débat d'entrée en matière

Antrag SVP (Michel, Schattenhalb)

Geschäfte 2021.DIJ.1761, 2021.DIJ.1762, 2021.DIJ.1763, 2021.DIJ.1764, 2021.DIJ.1765: Nichteintreten

Proposition UDC (Michel, Schattenhalb)

Affaires 2021.DIJ.1761, 2021.DIJ.1762, 2021.DIJ.1763, 2021.DIJ.1764, 2021.DIJ.1765 : refus d'entrée en matière

Fortsetzung / Suite

Le président. Voilà, chères et chers collègues, je vous souhaite la cordiale bienvenue à cette dernière journée de session, du moins, c'est ce que nous espérons tous.

J'espère que vous avez bien profité de la belle soirée d'hier, l'été est là, c'est magnifique ! Je vous dois quelques informations et des salutations de la part de Pierre-Yves Grivel. Vous savez que Pierre-Yves doit se faire opérer la semaine prochaine d'une hernie discale. La date de l'intervention est connue. Il souffre passablement. Hier, en fin d'après-midi, sa chaise s'est prise dans un couverte sur le sol et il a chuté. Vous avez tous constaté qu'il y avait un petit incident dans les rangs du groupe PLR. Il a chuté, heureusement, il ne s'est pas fait davantage mal. Mais disons que dans son état de santé actuel, cette chute n'était pas vraiment la bienvenue. Merci aux collègues députés médecins qui l'ont pris en charge ainsi que ses collègues des tables environnantes. Il a pu rentrer à la maison. Il a pu regarder le match. (*Heiterkeit / Hilarité*) Je ne suis pas sûr que ça ait vraiment aidé son moral (*Heiterkeit / Hilarité*), mais ... Il vous salue et ce matin, donc, il est absent, il se ménage jusqu'à l'opération qui aura lieu la semaine prochaine.

Nous reprenons là où nous en étions restés hier : aux affaires des points 75 à 80 de l'ordre du jour. Je rappelle que ces affaires sont traitées ensemble. Nous en sommes restés aux débats d'entrée en matière ou pas pour les points 76 à 80. La parole est maintenant toujours aux groupes, nous en étions restés au groupe PS-JS-PSA et je laisse la parole à Mme la députée Schindler.

Meret Schindler, Bern (SP), Fraktionssprecherin. Das Geschäft haben die Vorrednerinnen und Vorredner schon ausführlich dargelegt; ich gehe nicht ins Detail. Wir haben sechs Kreditaufträge für Auslagerungen von fünf Institutionen und die benötigten ICT- und Planungskredite. Es geht total um rund hundert Mio., und es geht um sehr unterschiedliche, unterschiedlich alte Gebäude und unterschiedliche Ausgangslagen. Aber eigentlich geht es im Kern um unsere letzten öffentlichen Schul- und Wohnheime und um das letzte Straf- und Massnahmenvollzugsheim, das für minderjährige Mädchen Plätze anbietet. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion dankt der Regierung, dass sie dieses komplexe Dossier so aufgeteilt hat, und die Frage gestellt hat, ob wir das behalten oder auslagern wollen.

Zu Traktandum 75 sage ich jetzt doch schnell etwas: Dort hatten wir bis gestern unterschiedliche Informationen; wir hatten gemeint, der Planungskredit müsse sowieso gesprochen werden. Wir werden ja aber am Schluss darüber abstimmen, wenn dann das Eintreten allenfalls beschlossen ist oder auch nicht, und wir werden dann auch entsprechend für die ICT und die Planung das Geld sprechen.

Es geht aus der Sicht der SP-JUSO-PSA-Fraktion einerseits um die Frage der gleich langen Spiesse zwischen den 92 ausgelagerten Stiftungen und den fünf öffentlich-rechtlichen Heimen. Und andererseits geht es auch um die Frage, ob wir den Hebel, den wir haben, wenn es noch eine staatliche Institution ist, aufgeben wollen. Wir haben uns intern lange damit auseinandergesetzt, wie Sie wohl alle auch. Es war für die SP-JUSO-PSA-Fraktion nie die Frage, ob es ein Problem ist, wenn der Auftragnehmer und der Auftraggeber beides der Kanton ist. Das haben wir so ja auch überall sonst bei Serviceaufgaben, namentlich auch bei der Regelschule und bei allen anderen Gefängnissen.

Die Frage der gleich langen Spiesse war auch bei uns klar ein Thema. Für die klare Mehrheit der SP-JUSO-PSA-Fraktion ist aber das Risiko, dass sich mit der Verselbstständigung der Institutionen die Arbeitsbedingungen verschlechtern und gegen unten angepasst werden, zu gross. Seien wir ehrlich: Wir würden selbstverständlich am liebsten alles wieder eingliedern, die 92 Institutionen, aber das ist hier nicht gefragt, und wir haben diese Frage auch nicht gestellt, und darum müssen wir auch nicht darüber reden. Die grosse Mehrheit der SP-JUSO-PSA-Fraktion ist auch der Meinung, dass man auch, wenn diese Institutionen öffentlich bleiben würden, eine gewisse Verbesserung machen könnte, gerade bezüglich der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen oder sonstigen Dritten und auch bezüglich anderer Projekte. Aber da kann man die rechtliche Grundlage anpassen. Es ist uns klar, dass jetzt, mit den neuen gesetzlichen Vorgaben, sich sowieso etwas ändert. Gerade namentlich neu die Subjektfinanzierung wird grosse Auswirkungen haben. Was aber immer noch ist: Es bleibt ein gewisser Vorteil, wenn es dem Staat gehört, weil wir eben das Angebot auch garantieren können.

Die Hauptfrage für die Mehrheit der SP-JUSO-PSA-Fraktion ist aber: Wollen wir Straf- und Massnahmenvollzug ausschliesslich privatisieren? Wollen wir Schulen ausschliesslich privat anbieten, oder wollen wir das mit den Schulheimen anders handhaben als mit der Regelschule? Oder wollen wir das mit den Gefängnissen für Kinder anders handhaben als mit den Gefängnissen für Erwachsene? Die Mehrheit der SP-JUSO-PSA-Fraktion sagt klar: Nein, das wollen wir alles nicht. Wir finden, dass Bildung und Straf- und Massnahmenvollzug eine Staatsaufgabe sind, und darum wollen wir auch ein öffentliches Grundangebot aufrechterhalten. Selbstverständlich darf es auch weiterhin ergänzende private Alternativen geben, so wie das auch in der Regelschule der Fall ist. Die Mehrheit der SP-JUSO-PSA-Fraktion ist darum für Nichteintreten ins Geschäft 77 bis 80.

Wenn das allenfalls durchkäme zum Eintreten, dann wären selbstverständlich auch die ICT und die Planung zu besprechen, und falls nicht, würden wir auch dort Nichteintreten beschliessen, weil die ICT-Fragen würden ja dann im ERP-Kredit fällig werden, weil die ganze ICT der Gesamtkantonsverwaltung angepasst werden müsste.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP), Fraktionssprecherin. Die EVP-Fraktion unterstützt die Idee der Ausgliederung dieser fünf kantonalen Institutionen in der Kinder- und Jugendhilfe. Wir haben einen langen Weg hinter uns. Das Projekt OeHE (Optimierung der ergänzenden Hilfen zur Erziehung im Kanton Bern) seit 2014, nachher die darauffolgenden gesetzgeberischen Prozesse

des neuen KFSG oder des revidierten Volksschulgesetzes (VSG), ja auch noch das Gesetz über die sozialen Leistungsangebote (SLG), das bei einigen Institutionen hineinspielt: Das liegt alles hinter uns. Die zwei erstgenannten Gesetze werden ja ab 1. 1. 2022 auch miteinander in Kraft treten. Es scheint für uns jetzt darum der richtige Zeitpunkt zu sein, jetzt für alle Institutionen, die in diesem wichtigen Bereich tätig sind, die gleichen Voraussetzungen zu schaffen und gleiche Leistungen auch gleich abzugelten, also eigentlich eine gerechtere Landschaft zu schaffen. Good-governance-technisch wäre übrigens eine solche Auslagerung sogar schon zu einem früheren Zeitpunkt wünsch- und denkbar gewesen, also noch vor meiner Zeit, vor 2010. Damals konnte es aber wohl leider nicht umgesetzt werden. Jetzt haben wir aber auch verschiedene Stimmen gehört, die Bedenken hegen. Diese Bedenken wurden von Regierungsseite, von der vorberatenden Kommission, der GSoK, wie auch von unserer Partei, der EVP, ernst genommen.

Ich gehe auf zwei, drei Bedenken ein, z. B. Bedenken bezüglich zu tief eingerechneter Gewinnmargen in diesen Businessplänen oder bezüglich der Angebotspalette, die die Institutionen bisher angeboten haben ... und ob dann die und das mit den neuen Tarifen und Leistungsverträgen weiter in der bisherigen Qualität beibehalten werden könnten. Das sind exemplarisch zwei Themen, die für ganz viele andere Unsicherheiten stehen, die sich rund um dieses Projekt aufgetan haben. Das sind aber auch exemplarisch zwei Themen, die genau nichts mit dem Projekt selber zu tun haben, sondern mit der neuen Gesetzgebung – KFSG und VSG – zusammenhängen, und eben nicht mit der Ausgliederung, Fragen aber auch bezüglich dem Personal, den Löhnen, den Pensionskassenbedingungen. Uns ist wichtig festzuhalten, dass das Personal in den heutigen Pensionskassen bleiben kann, dass mit dem VSG bezüglich Löhne und mit der KFSV und der Verordnung über die Aufsicht von stationären und ambulanten Leistungen für Kinder (AKLV) ja bezüglich Betreuungsschlüssel und Qualifikation der Mitarbeitenden den Betrieben auch Vorgaben gemacht werden.

Eine andere Angst, die wir gehört haben, war die Bewirtschaftung der Immobilien, und dort haben wir den Eindruck gewonnen, dass mit dem Einnahmeverzicht z. B. des Kantons oder dem Rückkaufsrecht zu Marktbedingungen und/oder auch der fairen Einschätzung der Immobilie, die am Anfang gestanden hat durch einen geeigneten externen Partner, dass da eine solide Basis für die Institutionen geschaffen wurde. Die grössten Unsicherheiten scheinen uns durch die intensive Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Institutionen eigentlich aus der Welt geschafft. Was jetzt noch im Raum steht, sind einfach die Unsicherheiten oder die unsicheren Auswirkungen des neuen Gesetzes. Und das können wir eben mit einem Nichteintreten nicht aus der Welt schaffen.

Vielleicht noch zu den Kosten des Projekts, da möchte ich einfach festhalten, dass das für die EVP kein Gegenargument gegen die Ausgliederung sein kann. Diese Kosten – und ich rede jetzt von den etwa rund 80 Mio., die für die Immobilien stehen –, die fallen ja in erster Linie buchhalterisch an. Und gewisse andere Kosten, die würden für den Kanton auch anfallen, wenn die Institutionen nicht ausgegliedert werden. Jetzt denke ich an ICT etc.

Zum Abschluss möchte ich festhalten, dass Fairness für die EVP eine wichtige Grundlage ist, um miteinander unterwegs zu sein. Fairness verstehen wir hier als Gleichbehandlung der rund hundert Institutionen in der Kinder- und Jugendhilfe. Fairness aber auch den Institutionen selber gegenüber, die sich strategisch und operativ schon auf diesem Weg befinden und diese Selbstständigkeit angehen. Aber auch Fairness im Sinne, dass die Institutionen genügend solide ausgestattet werden, um ihrem wichtigen Auftrag auch künftig nachkommen zu können. Das sehen wir als EVP-Fraktion alles als gegeben, und wir wollen darum als EVP-Fraktion auch auf dieses Geschäft eintreten.

Le président. Je vais fermer la liste des intervenants à titre individuel après l'intervention de Mme la députée von Wattenwyl pour le groupe des Verts.

Moussia von Wattenwyl, Tramelan (Les Verts), porte-parole de groupe. Pour les affaires des points 76 à 80 de l'ordre du jour avec le crédit et les autonomisations des cinq institutions : cela nous a donné beaucoup de discussions à l'interne, au sein des Verts. La question de base c'est : pourquoi est-ce qu'on demande cette autonomisation maintenant ? Donc, il y a l'arrêté du Conseil exécutif du 6 novembre. La majorité des Verts n'est pas fondamentalement contre cette autonomisation, mais beaucoup de points d'interrogation subsistent. Vous l'avez entendu, vous le savez,

avec la loi sur les prestations particulières d'encouragement et de protection destinées aux enfants (LPEP) – qui introduit un nouveau système de financement, avec des contrats de prestations –, avec l'entrée de la loi sur l'école obligatoire (LEO) – qui introduit un nouveau fonctionnement –, toutes les institutions sont impactées. Et ça, pour nous, c'est un élément important. Nous devons nous soucier de toutes les institutions : veiller à leur bon fonctionnement et à la qualité des prestations offertes aux jeunes, c'est notre souci principal. Il y a eu également l'argument de l'égalité de traitement de toutes ces institutions, 92 institutions privées et 5 institutions cantonales. Mais l'inégalité est là, de fait, par leur fonctionnement, et, ça a aussi été dit, certaines fonctionnent selon le droit civil d'autres selon le droit pénal. par exemple le foyer Lory (Jugendheim Lory). Il y a aussi certaines institutions qui ont un lien suprarégional. Avec l'autonomisation, certaines pourraient profiter de fusionner. En ce qui concerne la marge de manœuvre des institutions, la flexibilité et la gestion des immeubles plus simples, une certaine réactivité, une bonne gouvernance : nous pensons vraiment que ce sont des arguments positifs. Ce sont de bons arguments, mais tout ça, tous ces arguments dépendent des capacités financières de ces institutions. Nous l'avons entendu en commission : elles sont tentées de faire le pas, mais le cadre reste flou. Donc, en partant de ces conclusions et ces discussions, certains des membres du groupe des Verts refuseront l'entrée en matière, d'autres passeront le pas.

C'est un peu l'image du Rubik Cube. Vous connaissez tous le Rubik Cube : vous faites une surface, puis, lorsque vous le retournez, eh bien, de l'autre côté, c'est le cheni total. Donc, on prend un argument, on se dit : « Ah oui, c'est bien », et puis, quand on remet tout sur la table, on se dit : « Mais il y a encore tellement d'éléments qui sont en suspens, c'est très compliqué ! Les institutions, comme ça a été proposé, deviendraient des fondations, avec une dotation en capital assurée par le transfert de biens et immobiliers. Est-ce que c'est un cadeau ou un fardeau ? Plus de liberté, organiser des événements, est-ce que ça vous tente, vous, de recevoir un château ? L'institution de Bolligen (Kantonale BEObachtungsstation Bolligen), par exemple, va déménager, elle cherche à fusionner avec le foyer Lory. Nous avons aussi un grand point d'interrogation concernant le personnel, ça a été évoqué, c'est un souci. Les systèmes informatiques sont à revoir – bref, il est dès lors très difficile pour ces institutions d'établir un budget. Les finances et le plan d'affaires sont fragiles, c'est peut-être la plus grande crainte. Il est à craindre un prochain exercice d'économies qui serait fatal ou très difficile à gérer. Jusqu'ici, ces institutions, vous le savez, bénéficient d'une garantie de déficit du canton.

Au vue de toutes ces incertitudes, les Verts se prononcent de manière partagée. Certains, je l'ai déjà dit, certains soutiendront la non-entrée en matière, d'autres entreront en matière et tous, de manière plus ou moins unanime, soutiendront les renvois qui sont proposés.

Le président. La liste des intervenants à titre individuel est close. La première des oratrices à vouloir prendre la parole est Mme la députée Speiser-Niess.

Anne Speiser-Niess, Zweisimmen (SVP), Einzelsprecherin. Das Geschäft Ausgliederung dieser fünf Heime hat intensive Diskussionen gegeben in diesen drei Fachkommissionen, die begleiteten, und in den Fraktionen. Als GSoK-Mitglied hatte ich von Anfang an ein ungutes Gefühl. Warum? Nach meiner Meinung ... Meine Meinung hat sich in den letzten Wochen eigentlich noch verschärft. Es ist ein kompliziertes Geschäft, weil drei Direktionen involviert sind. Unklarheiten, die jeweils die Institutionen in finanzielle Bedrängnis bringen, sind vorhanden. Ein Bericht, der den Umfang dieses Geschäfts aufgezeigt hätte, wäre konstruktiv und informativ gewesen. Der grosse Klotz Liegenschaften, die zum Teil geschützt sind, die der Kanton so elegant abtreten will, die aber auch nicht anders genutzt werden können ... ist unrealistisch. Schlösser, die man jetzt verkaufen will, das haben wir in der Vergangenheit ja schon mehr erlebt, diese Schlösser kann man nicht einfach verkaufen, und jetzt will man die einfach so elegant loswerden.

Noch etwas zu den Businessplänen: Die Businesspläne, die für die Institutionen von der PricewaterhouseCoopers (PWC) erstellt worden sind, ohne dass die Institutionen mitreden konnten, basieren auf groben Annahmen, die nie analysiert und verifiziert werden konnten. Zudem: Eine Vollkosten-Liegenschaftsrechnung wurde bis anhin vom Kanton nie erstellt. Das bedeutet, dass die Institu-

tionen eigentlich die Katze im Sack übernehmen müssen – für mich persönlich ein No-Go. Mit der Ausgliederung, so wie dem Grossen Rat heute das Geschäft vorliegt, ist aus meiner Sicht ein Fiasco vorprogrammiert. Mit all diesen Unsicherheiten, mit unkalkulierbaren Risiken auch bezüglich der Ertragslage und der Kapitalausstattung, ist dieses Geschäft mit Sicherheit bald einmal auf der Traktandenliste der GPK. Und ich erlaube mir, mal ein Fazit zu ziehen, das die GPK schliessen könnte: «Das Geschäft wurde unterschätzt und unsorgfältig von der Regierung dem Grossen Rat vorgelegt. Der Grosse Rat hat es verpasst, die Risiken genügend abzuwägen.» Der Scherbenhaufen, der dann nachher allenfalls da ist, geht zulasten der Jugendlichen ... und dann unter Umständen vom Angebot ... geschmälert werden muss.

Die Ausgliederung auf dem Marktplatz war ja das Thema, mit einem Projekt, das null Gewinnmargen machen soll, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wer hier in diesem Saal würde das privat übernehmen, mit einem Businessplan, den Sie nicht selber bestimmen und bei dem Sie nicht mitreden konnten, und mit einer Gewinnmarge, die null Prozent beträgt... (*Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.*) ... aber anschliessend müssen Sie dennoch sämtliche Investitionen machen und einen Betrieb wirtschaftlich führen auf einem Marktplatz, der nicht vorhanden ist. Ich bitte Sie, dem Antrag auf Nichteintreten wirklich zuzustimmen.

Annegret Hebeisen-Christen, Münchenbuchsee (SVP), Einzelsprecherin. Zuerst möchte ich meine Interessenbindung bekanntgeben: Ich bin Mitglied der Heimkommission des Pädagogischen Zentrums für Hören und Sprache Münchenbuchsee (HSM). Irgendwie stand dieses Projekt von Anfang an unter einem schlechten Stern und einem enormen Zeitdruck. Am Anfang sahen auch wir dieses Projekt als Chance. Je mehr wir aber über die Parameter der Ausgliederung erfahren haben, desto mehr ist es zu einer Blackbox mit vielen, ja zu vielen Unbekannten und Risiken verkommen. Schnell war uns klar, dass die Ausgliederung unter den Vorgaben des Regierungsrates so nicht möglich ist, d. h. dass uns in Zukunft zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung stehen werden, um den heutigen Betrieb in der gewohnten Qualität weiterführen zu können.

Kurz nach Weihnachten letztes Jahr haben wir die Strategie 2030 des HSM mit unserer *sehr* kritischen Haltung zum Projekt allen Regierungsratsmitgliedern zugestellt. Leider ist der Regierungsrat nicht auf unsere Bedenken eingegangen, die wir notabene immer und immer ... auch der Projektleitung mitgeteilt haben. Das Projekt Ausgliederung, im Fall des HSM, mit einer Unterdeckung von mehreren – von mehreren Mio. Franken, wird sich ganz klar nachteilig auf das Wohl der Kinder und des Personals auswirken. Zu erwähnen ist auch, dass von unserem aktuellen jährlichen Aufwand von 23 Mio. fast 80% Personalkosten ausmachen. Einfach gesagt: Wenn wir in Zukunft eine zu geringe Kapitalausstattung haben und auf ungedeckten Kosten sitzen bleiben, riskieren wir, dass wir nach kurzer Zeit bereits einen einschneidenden Personal- und Leistungsabbau vollziehen müssen. Werte Anwesende, das ist nicht Schwarzmalerei und auch kein Gejammer – das ist die Realität.

Die Änderung nach der neuen Gesetzgebung bzw. KFSG und der Revision des Volksschulgesetzes (REVOS 2020) bringen zusätzliche Unsicherheiten mit sich. Unter anderem auch, weil wir bis heute noch keine der drei Leistungsvereinbarungen für das HSM gesehen haben. Die Auswirkungen sind aktuell *nicht* fassbar. So viele Unsicherheiten mit unkalkulierbaren Risiken in der zukünftigen Ertragslage oder in der Kapitalausstattung können wir vonseiten eines neuen Stiftungsrates nicht übernehmen. Das wäre aus der momentanen Sicht verantwortungslos und fahrlässig. Fazit: Für uns steht das Wohl und die gesicherte Zukunft der rund 800 Kinder und Jugendlichen ... (*Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.*) ... sowie der über 200 Mitarbeitenden an oberster Stelle. Eine Ausgliederung unter diesen Umständen ist verantwortungslos und nicht vertretbar für unser 200-jähriges Institut. Daher bitte ich Sie, erst gar nicht auf dieses unausgereifte Geschäft einzutreten.

Margrit Junker Burkhard, Lyss (SP), Einzelsprecherin. Sie haben es gehört: Die Fraktion SP-JUSO-PSA ist sich beim vorliegenden Antrag uneinig. Ich gehöre zur Minderheit, das bin ich mir auch besser gewohnt. Und ich bin der Meinung, dass die Ausgliederungen jetzt diskutiert werden müssen und ein Nichteintreten definitiv nicht zielführend ist. Es wurden viele Vorarbeiten geleistet

von den Direktionen wie auch von den Institutionen. Die Entscheidungsgrundlagen erscheinen mir, wie auch der Mehrheit der GSoK, als genügend. Die Begründungen der SVP sind für mich nicht nachvollziehbar nach den mehrstündigen Diskussionen in der vorberatenden Kommission.

Im Weiteren ist es mir ein Anliegen, dass alle Institutionen endlich nach den gleichen Massstäben arbeiten können und arbeiten müssen. Eine Gleichbehandlung ist meines Erachtens längst überfällig, oder Sie hätten dann im Sinn, die 92 Institutionen wieder unter den Deckel der kantonalen Direktionen aufzunehmen. Immerhin arbeiten nämlich die 92 Institutionen selbstständig, erbringen gute und professionelle Arbeit. Die neuen gesetzlichen Grundlagen wurden auch von uns verabschiedet, und die Konsequenzen daraus will jetzt der Rat nicht mittragen. Das ist für mich befremdend. Zudem habe ich den Eindruck und habe das auch mitbekommen in Gesprächen, dass einige Institutionen sehr wohl Vorteile in der Ausgliederung sehen, und sie sind auch dementsprechend gut vorbereitet, um handeln zu können.

Am Schluss muss ich Ihnen noch sagen, dass ich schon ein wenig irritiert bin, dass ein Mehrheitsantrag aus einer Fachkommission aus mehrheitlich finanziellen Aspekten derart torpediert wird. Grundsätzlich, das hat meine Vorrednerin gesagt: Es geht um Kinder und Jugendliche. Darum bin ich froh um jede Stimme, die den vorliegenden Antrag ablehnt und eine Diskussion ermöglicht. Das ist das Mindeste, was wir den Institutionen und den Direktionen und dem Regierungsrat schuldig sind. Merci für die Aufmerksamkeit und die Unterstützung.

Béatrice Stucki, Bern (SP), Einzelsprecherin. Ich rede hier heute mit zwei Hüten: natürlich als Gewerkschaftssekretärin des Schweizerischen Verbandes des Personals öffentlicher Dienste (VPOD), aber auch als Finanzpolitikerin. Ich war acht Jahre Mitglied der Steuerungskommission, und ich bin jetzt seit sieben Jahren Mitglied der FiKo. Ich bin also quasi ein finanzpolitisches Fossil oder für die einen vielleicht auch eine Sesselkleberin. Und weil ich die Finanzen des Kantons schon so lange begleite, sind meine Argumente gegen diese Ausgliederung mindestens ebenso von den Finanzen geprägt wie von den Folgen für das Personal. Und Finanzpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat in der Regel *immer* Konsequenzen für das Personal.

Aus finanzpolitischer Sicht sind diese Vorlagen fatalistisch und unverantwortlich. Unverantwortlich gegenüber den Kindern und Jugendlichen und damit auch gegenüber den Eltern. Viele von ihnen können in diesen fünf Institutionen so eng in ihre Zukunft begleitet werden, wie das die ausgegliederten Institutionen nicht leisten können. Sie können das nicht wegen dem fehlenden Know-how nicht leisten, sondern weil ihnen eben die finanziellen Ressourcen fehlen. Die Kinder und Jugendlichen finden nur in diesen fünf Institutionen Platz, können nur dort aufgenommen werden.

Unverantwortlich ist die Ausgliederung auch gegenüber den Finanzen des Kantons und damit auch gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. 80 Mio. nicht budgetierte Ausgaben, auch wenn das *soit disant* nur buchhalterische Zahlen sind, bei dreistelligen Fehlbeträgen im Budget? Bei Mehrausgaben für Massnahmen zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie? Und da ist noch nicht alles dabei, das wissen wir ganz genau ... und bei sinkenden Steuereinnahmen – auch wegen Corona. Irgendeinmal werden wir demnächst oder werden Sie dann hier in diesem Parlament wieder vor Sparpaketen stehen.

Ich verstehe nicht, wie hier vorn gesagt werden kann, die Institutionen müssen halt ihre Preise ein wenig anpassen, sie arbeiten sowieso viel zu teuer. Und ich verstehe auch nicht, wie hier gesagt werden kann, man solle jetzt einfach mal ausgliedern, und nachher schauen wir dann schon. Der Kanton kann es sich leisten, diese Institutionen so auszustatten, dass eine tatsächliche Gleichstellung ... eine Gleichstellung mit diesen 92 anderen Organisationen erreicht wird. Der Kanton wird über Jahre noch Ausgaben oder Kosten übernehmen müssen oder die Liegenschaft so weit unter dem Marktpreis vermieten, dass eben *keine* Gleichstellung mit den anderen Institutionen da ist. Das wissen die ausgegliederten Institutionen übrigens auch. Ich habe da Rückmeldungen, und das trägt *nicht* zu einem guten Klima bei.

Die Arbeit der letzten Monate wird nicht vergeblich sein, wenn wir heute Nein sagen zum Eintreten. Alle fünf Institutionen arbeiten enger zusammen als sie das vorher gemacht haben, und die der Kooperation der Kantonalen BEObachtungsstation (BEO-Bolligen und BEO-Sirius) und dem Jugendheim Lory steht gar nichts im Wege. Ich möchte noch etwas sagen zu diesen 264 Unterschriften,

die ich im Brief an Sie alle erwähnt habe. *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen.)* Diese Unterschriften sind in nur zehn Tagen und unter Corona-Bedingungen zustande gekommen. Diese 264 Unterschriften sind mehr als die Hälfte des Personals. Nach dem Schliessen der Liste habe ich noch viele Rückmeldungen bekommen: «Ich würde auch noch gern unterschreiben». Also hören Sie auch noch auf das Personal.

Daniel Wyrsh, Jegenstorf (SP), Einzelsprecher. Als Geschäftsführer des Berner Staatspersonalverbands kann ich hier bestätigen, dass wir als Sozialpartner in diesem Projekt von Anfang an dabei waren, Sozialpartner: Bildung Bern, der VPOD und der Bernische Staatspersonalverband (BSPV). Für uns ist der Prozess korrekt gelaufen. Das war alles in Ordnung, und ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken.

Wir hatten inhaltlich natürlich schon ein Problem mit diesem Projekt, und wir haben unsere Haltung, unsere kritische, negative Haltung von Anfang an immer kundgetan. Wir haben auch inhaltlich immer probiert, ein wenig zu bremsen, dass nicht mehr Kosten auflaufen. Ursprünglich wollte man ja schon per 1. 1. 2022 diese Auslagerung machen. Mit dem 1. 1. 2023 konnte man zumindest gewisse Kosten sparen, wenn wir heute das Projekt beerdigen, und ich hoffe, dass Sie da auch mithelfen. Ich rede hier nicht nur wegen dem Personal und den personellen Auswirkungen des ganzen Projekts, sondern eben auch aus finanziellen Gründen, und da habe ich jetzt den FiKo-Hut an, oder als langjähriger Gemeinderatspräsident, der immer ein wenig auf Effizienz geschaut hat und als Fusionssturbo im Kanton bekannt war.

Jede Auslagerung hat finanzielle Konsequenzen, die negativ sind. Einerseits das Personal ... Sie konnten es lesen: Man kann 0,4 Stellen in der Direktion sparen, über den Kanton verteilt eine Stelle, und neu braucht man etwa 13 Stellen. Wir wissen es von der Psychiatrie oder von der Landeskirche her: Solche Auslagerungen geben immer viel mehr Personal, und dann merkt man: Man muss hier noch jemanden haben und da noch jemanden haben, wo vorher halt der Kanton gemacht hat. Mehrkosten Informatik: viereinhalb Mio. Wir genehmigen hier in diesem Saal Kredite für die Informatik, wir wollen zentralisieren, wir wollen vereinfachen – und hier machen wir genau das Gegenteil. Das ist irgendwie ein wenig schizophren. Wir hatten den Bericht «Unabhängige Prüfung der Informatik im Kanton Bern» (UPI) zum Sparen, zum Zusammenlegen, und hier machen wir das Gegenteil. Der Kanton kann viel einfacher und günstiger einkaufen, hat viel bessere Konditionen als die einzelnen Heime. Das ist ja offensichtlich. Oder auch ... Die Ausgelagerten sind immer wieder erstaunt, dass die Taggeldversicherung höher ist als vorher beim Kanton. Ist ja klar! Es ist ein anderes Mengengerüst. Man könnte noch mehr solche Synergieeffekte aufzählen, die einfach wegfallen, wenn man auslagert.

Und dann kommt immer wieder das Argument der gleich langen Spiesse, da können Sie doch irgendeine Länge sein – es wird nie richtig sein. Es ist so: Die Immobilienfrage ist eine ungelöste Frage, und das kann man wahrscheinlich nur falsch machen, je nachdem, ob man von links oder von rechts schaut. Die Aufgaben sind halt in den verschiedensten Institutionen auch ganz unterschiedlich. Für mich haben auch die einzelnen Institutionen eine Staatsaufgabe. Wenn ich ans Jugendheim Lory denke oder an das HSM, dann gibt es schlicht und einfach keine Konkurrenz hier im Kanton Bern. Ich bin überzeugt, dass die Institutionen heute schon eine gute Dienstleistung machen, dies effizient machen und auch in Zukunft bewegen werden, auch wenn sie beim Kanton bleiben. Was man immer wieder nicht anschaut: Man will Stiftungen machen. Also *ich* würde nie Stiftungsrat werden in einer dieser neuen Institutionen mit diesen Businessplänen ... *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* Aber es gibt Leute, die das machen. Darum: Abbruch der Übung, und wenn halt irgendwann ein Heim fusionieren will, wobei man wieder Synergieeffekte hat, kann man darüber reden. Aber jetzt: Abbruch der Übung. Nichteintreten.

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP), Einzelsprecher. Ich bin hier Einzelsprecher, aber lege Ihnen dennoch kurz die Sicht der Finanzkommission dar. Die FiKo hat dieses Geschäft mitberaten. Wir haben auch einen Mitbericht der GSoK abgegeben. Eine Delegation konnte auch an den Anhörungen teilnehmen. Dafür, für diese Gelegenheit, möchten wir uns bei der federführenden GSoK ganz

herzlich bedanken. Die FiKo ist bei der Beurteilung zum Nichteintreten gekommen. Das haben wir der GSoK in einem frühen Stadium mitgeteilt, und das wirklich mit grossem Mehr – es war fast einstimmig. Es waren primär finanzpolitische Überlegungen. Auch wenn gestern irgendwo in einem Votum gesagt wurde, es sei ja ein nur buchmässiger Vorfall, diese 80 Mio. Franken ... Ich erinnere einfach daran: Im Budget 2023, wo das nicht eingestellt ist, haben wir heute schon ein Defizit von 375 Mio. Franken vorausgesagt, einen negativen Finanzierungsfehlbetrag von über 400 Mio. Franken, und jetzt kommt das noch obendrauf. Das ist auch massgebend für die Berechnung der Schuldenbremse.

Also: Es waren die finanzpolitischen Überlegungen, die uns geleitet haben, und insbesondere – das hat der Vorredner eben gut gesagt – der Umgang mit den Immobilien. Wir haben diese Bewertungen im Detail angeschaut. Wir konnten sogar feststellen, dass zum Teil Bauerwartungsland oder Bauland noch mitgegeben wird, das Millionenbeträge ausmacht. Wir geben also hier Volksvermögen mit, auf das wir nachher keinen Einfluss mehr haben. Das ist die Übungsanlage der Vorlage, die uns heute vorliegt. Also sind, glaube ich, wenn ich mich ein wenig zurückerinnere an verschiedene Voten in dieser Session ... auf der einen Seite, beim Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG), Immobilienstrategie, ja kein Land abgeben, das der Kanton hat, also kein Landverkauf und bei der BKW kein Verschern von Tafelsilber. Auch das würde hier passieren, und wenn ich mich an die gestrige Diskussion erinnere – das war jetzt vielleicht nicht primär ein finanztechnisches Argument –, aber da hatte ich das Gefühl, die privaten Akteure bei den Rückführungszentren machen nicht gute Arbeit, wenn man es ihnen überlässt etc., und hier würden wir genau einen gleichen Schritt tun.

Also: Wir haben viele Risiken, wahrscheinlich zu viele Risiken – immer bei Projekten gibt es Gefahren und Risiken, aber für die Finanzkommission haben ganz klar die Risiken überwogen, mit der Gefahr, dass ein vermeintlich abgeschlossenes Geschäft später wieder in die Nachschusspflicht kommt für den Kanton, weil diese Businesspläne – das sieht man schon heute – wenig erfolgsversprechend sind, also wenig finanziell belastbar sind. Die Institutionen wie auch der Kanton, haben wir das Gefühl, kaufen hier einfach ein wenig die Katze im Sack. Es sind zu viele Details ungeklärt im heutigen Moment. Bei solchen Auslagerungsprojekten oder bei solchen Vorhaben – vorhin haben wir von Synergien gehört – redet man in der Regel von Win-win-Situationen, also für den, der kauft ... (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) Hier haben wir eher das Gefühl, es sei eine Lose-lose-Situation. Wenn die ganzen Zentraleinheiten 0,4 Vollzeiteinheiten einsparen können, ist das nicht gerade wahnsinnig. Also: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Darum: Nichteintreten zu diesem Geschäft.

Christine Blum, Melchnau (SP), Einzelsprecherin. Neben der FiKo konnte auch die BiK einen Mitbericht zuhanden der GSoK machen zur Ausgliederung dieser fünf staatlichen Kinder- und Jugendheime. Die BiK anerkennt, dass es gute Gründe gibt für eine Auslagerung. So Gründe sind z. B., dass künftig alle Kinder- und Jugendinstitutionen gleichbehandelt werden sollen, und dass mit dieser Massnahme die Aufsicht und die Bedarfsplanung für den Kanton vollumfänglich und neutral umgesetzt werden könnten. Eine Qualitätsverbesserung – oder zumindest der Erhalt der guten Qualität – ist aus der Sicht der BiK eines der wichtigen Ziele dieser Ausgliederung. Bei der Planung dieser Prozesse scheint allerdings, dass der bildungspolitische Aspekt kaum einbezogen wurde. Der Vortrag zum Kreditgeschäft legt alles detailliert dar, sagen wir, das Vorhaben in rechtlicher Sicht, in organisatorischer und finanzieller Sicht. Auch die Informatik und die Raumfrage wurden abgehandelt, aber es fehlen Aussagen dazu, welchen pädagogischen Mehrwert man denn mit der Ausgliederung dieser Institutionen erreichen kann.

Die BiK möchte mehr wissen zu den Auswirkungen auf das Angebot dieser fünf Institutionen, und wir sind auch der Meinung, dass die fünf Institutionen differenziert betrachtet werden müssen. Dem Geschäft fehlt die Einbettung in den bildungspolitischen Kontext. So werden die Zusammenhänge mit den neuen Vorgaben im VSG und im KFSG nicht genügend erklärt. Dass die Anstellungsbedingungen und die Berechnung der Tarife zum ersten Mal für alle Institutionen im Kinder- und Jugend-

bereich transparent aufgebaut werden, und dass alle Lehrpersonen zukünftig die genau gleichen Anstellungsbedingungen haben werden wie in der Regelschule, das kommt zu wenig klar heraus. Die BiK ist der Meinung, dass bereits bei der Ausgliederung die längerfristige Perspektive dieser fünf Institutionen konkret betrachtet werden muss. Partnerschaften mit anderen Institutionen sind dabei ein wichtiger Punkt. Schliesslich geht die BiK davon aus, dass die Ausgliederung bei den zentralen kantonalen Dienstleistungen mehr Einsparungen beim Personal auslösen sollte. Wir sind der Meinung, mindestens im tiefen zweistelligen Bereich. Die Diskussion in der BiK zu diesem wenig ausgereiften Geschäft hat aber dazu geführt, man solle trotzdem eintreten.

Zum Schluss noch ein paar persönliche Bemerkungen mit dem Hintergrund meiner persönlichen langjährigen Erfahrung als Leiterin der Heilpädagogischen Schule (HPS) Oberaargau, einer dieser über 90 privatrechtlich organisierten Institutionen im Kanton Bern. Die neue Form der Finanzierung ... (*Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.*) ... mit Pauschalen für den Schul- oder Heimbetrieb und für die Infrastruktur ist eine grosse Chance für alle Institutionen. Man sollte jetzt auf dieses Geschäft eintreten.

Elisabeth Striffeler-Mürset, Münsingen (SP), Einzelsprecherin. Ich bin nicht sicher, ob ich hier im falschen Film bin oder ob es wirklich Zeit ist, dass ich aufhöre. Jetzt könnte ich das Votum von Jakob Schwarz, das er gestern hielt, eins zu eins übernehmen. Man kann für oder gegen diese Ausgliederung sein. Aber was sicher nicht stimmt, ist, dass zu wenig informiert worden ist. Regierungsrätin Allemann ist der GSoK regelmässig ausführlich Red und Antwort gestanden. Wir wurden *immer* auf den neuesten Stand gebracht, und wir hatten *immer* Gelegenheit, Fragen zu stellen. Nur wurden diese wahrscheinlich nicht alle wahrgenommen, und darum kommen jetzt die Anträge auch der SVP so daher. Unseriöse Vorbereitung, dafür kann ich so nicht einstehen. Man hätte einfach vielleicht zuhören sollen, wollen.

Ich bin der Meinung – ich gehöre zur Minderheit in der SP –, dass alle, die ein Interesse haben, dass die fünf Institutionen weiterkommen, jetzt bereit sein sollten für eine weitere Diskussion – oder halt vielleicht für noch einmal eine Überarbeitung –, und wenn sie nicht eintreten, sich doch zumindest enthalten. Sonst passiert über Jahre nichts mehr zugunsten der Institutionen. Und noch etwas: Ich lasse mir auch innerhalb der Fraktion nicht das Wort verbieten.

Es war schön mit Ihnen. Ich danke Ihnen für die vielen schönen Gespräche. Wir hatten sogar die Gelegenheit, überparteilich miteinander zu lachen ... aber vielleicht hat diese Ecke hat bewirkt – ich bin nicht sicher, ob ich Ihnen danken sollte –, dass ich nicht abgehoben bin. Alles Gute!

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Einzelsprecher. Ich kann eigentlich an das Votum der Präsidentin der BiK, Christine Blum, anknüpfen. Mich hat in der BiK, als wir uns mit diesem Geschäft befasst haben, immer wieder die Frage beschäftigt: Was bringt diese Ausgliederung, diese Auslagerung eigentlich den Kindern und den Jugendlichen, die in diesen fünf Institutionen sind? Ich habe im Vortrag des Regierungsrates einige Aussagen dazu vermisst. Ich habe z. B. Aussagen vermisst, wie die bisherige Qualität der Bildung und Betreuung in diesen fünf Institutionen auch nach der Ausgliederung aufrechterhalten werden kann und garantiert werden kann. Ich hätte mir erhofft, dass diese Ausgliederungsübung auch einen (sozial-)pädagogischen Mehrwert bringt oder mindestens in Zukunft ermöglicht und dass das im Vortrag auch aufgezeigt würde.

Ich hätte erwartet, dass nicht nur eine Gleichbehandlung mit diesen 90 anderen Institutionen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe propagiert wird, sondern dass auch den Besonderheiten dieser fünf Institutionen Rechnung getragen wird. Der Vortrag hat für mich aus bildungspolitischer, sozialpädagogischer Sicht viele Fragen offengelassen. Er hat meines Erachtens auch zu wenig aufgezeigt, dass die fünf Institutionen untereinander und erst recht mit den andern 90 Institutionen gar nicht so total vergleichbar sind. Das Jugendheim Lory und die BEObachtungsstation Bolligen sind nicht einfach nicht vergleichbar mit einem x-beliebigen anderen Heim. Und auch das Zentrum für Hören und Sprache in Münchenbuchsee hat Besonderheiten, betreut beispielsweise ambulant mehr als 500 Jugendliche und Kinder, ausserhalb ... überall im Kanton Bern, und auch im deutschsprachigen Gebiet der Kantone Wallis und Freiburg.

Für mich bleibt aufgrund des Vortrags und aller Zusatzinformationen, die ich bis jetzt bekommen habe, immer noch offen oder sogar fraglich, ob den Besonderheiten dieser fünf Institutionen wirklich angemessen Rechnung getragen wird. Immerhin ein Versprechen habe ich dem Vortrag entnommen: «Der Entscheid des Regierungsrats (für die Ausgliederung)» sei «kein Sparauftrag», heisst es dort drin, und ich finde, die Ausgliederung dürfe auch nicht zu einer Sparübung werden. Ich vertraue den beiden federführenden Direktionen, dass sie dafür sorgen werden, dass das so bleibt. Aber es braucht dazu auch die anderen Mitglieder des Regierungsrates, insbesondere die bürgerliche Mehrheit – und dann auch die Unterstützung des Grossen Rates.

Die kürzlich durchgeführte Konsultation zu den Verordnungen, zum Umsetzen des Förder- und Schutzgesetzes nährt bei mir Zweifel und weckt Befürchtungen, ... (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) ... dass die künftigen Regelungen und die Tarifgestaltung für *alle* Institutionen in diesem Bereich wirklich gut herauskommen.

Mit der Rückweisung gewinnen wir etwas Zeit, um Klarheit zu schaffen und Verbesserungen zu erreichen. Und wenn wir das nicht schaffen bis im nächsten Frühling, dann können wir noch immer die Notbremse ziehen und die Ausgliederung ablehnen. Aber zuerst müssen wir ... (*Der Präsident bittet den Redner erneut, zum Schluss zu kommen. / Le président demande encore une fois à l'orateur de conclure.*)

Stefan Jordi, Bern (SP), Einzelsprecher. Es mag vielleicht ein wenig überraschen, wenn Sie da so einen bunten Strauss an SP-Sprecherinnen und Sprechern sehen. So war es auch in unserer Fraktion. Eine Mehrheit will nicht eintreten, das ist klar. Aber eine Minderheit will eintreten. Was ist mein persönlicher Eindruck bei diesem Geschäft? Ich war von Anfang an in der GSoK ... bis am Schluss ... aber mein Eindruck war, dass dieses Geschäft ganz gut vorbereitet worden ist, von der Direktion, von Evi Allemann. Und jetzt Nichteintreten ... finde ich schon ein etwas schwaches Zeichen, und ich frage mich: Was ist das für eine Arbeitsweise? Wir konnten alle Fragen *en détail* diskutieren in der GSoK. Da wäre auch die Gelegenheit gewesen, um zu sagen: Nein, wir treten da nicht ein. Das habe ich nicht gehört am Anfang in der Beratung dieses Geschäfts, und darum überrascht es mich jetzt wenig, dass Nichteintreten von einigen Kolleginnen und Kollegen vertreten wird. Man kann zu diesem Geschäft stehen, wie man will ... ob man das ablehnen will oder nicht. Aber ich denke, der Vorwurf, dass das nicht ganz sorgfältig abgeklärt worden ist, der gilt für mich nicht. Man konnte wirklich alles fragen in den Diskussionen – auch mit den Betroffenen. Aus meiner Sicht ist auf dieses Geschäft einzutreten, und ich wäre froh, wenn Sie das auch so machen würden.

Sandra Roulet Romy, Malleray (PS), intervenante à titre personnel. Oui, la LPEP entrera en vigueur en 2022 et elle impliquera un changement considérable pour toutes les institutions. L'autonomisation est étroitement liée à cette loi. Il est important aujourd'hui d'entrer en matière dans la proposition d'autonomisation que propose le gouvernement.

Pourquoi balayer tout le travail accompli jusqu'à présent sans en débattre ? Nous risquons de jeter le bébé avec l'eau du bain. On ne peut pas tout stopper car il y a des points qui ne sont pas encore clarifiés dans la mise en œuvre de la loi et du business plan. Je soutiens une égalité de traitement pour toutes les institutions du canton et le passage à la nouvelle LPEP est le moment important pour mettre les 96 institutions sur le même pied d'égalité. Autonomisation ne veut pas dire privatisation. Dans l'autonomisation, le canton a toujours une responsabilité, une redevabilité et un rôle important à jouer. Un rôle de régulateur, de surveillance et de mandant. En tant que mandant, il conclut les contrats de prestations en fixant les subventions, les tarifs et des rémunérations. C'est par cet outil qu'il pourra piloter tout en laissant l'autonomie aux institutions pour des décisions stratégiques aux futurs Conseils des fondations et aux Directions. La vente des immeubles au prix symbolique de 1 franc est l'apport principal du canton en capital permettant aux institutions de faire face à de futurs investissements. C'est une nécessité pour ces institutions de démarrer avec un capital propre pour faire face aux risques financiers. Oui, dans ce projet, il y a des chances, il y a des risques, mais je soutiens l'entrée en matière et vous prie aussi de le soutenir.

Le président. La liste des intervenants à titre individuel est à son terme ; je laisse la parole dans un premier temps à Mme la députée Mühlheim.

Barbara Mühlheim, Bern (glp), GSoK-Sprecherin. Ich versuche noch einmal kurz, Ihnen die wesentlichen Gründe aufzuzeigen, warum Sie die GSoK-Mehrheit klar für das Eintreten zu motivieren versucht, und insbesondere möchte ich kurz sagen, dass hier offensichtliche Falschinformationen verbreitet wurden.

Zum Thema: Warum sagt die GSoK klar – mit 11 zu 5 Stimmen –, wir sollen eintreten? Geschätzte Kollegen, was sind denn die Realitäten heute? Vor zehn Jahren haben wir bestimmt, dass es im Kanton Bern nicht mehr so weitergehen kann, dass es nicht sein kann, dass wir bei über 95 Heimen 90 in den gleichen Bedingungen laufen lassen und fünf eine Spezialbedingung haben, dass die einen vorne für dreissig Franken offerieren können, obwohl sie hintendran im Lastenausgleich dann auch 330 Franken kosten, oder die anderen bei 300 Franken. Und weil wir über die Qualität und den Bedarf steuern wollten, haben wir als Erstes ein Kinder- und Förderschutzgesetz gemacht. Und da sind wir alle hier verantwortlich. Denn darin haben wir gesagt: Erstens gibt es klare Vorgaben zum Personal, es gibt klare Vorgaben über den Betreuungsschlüssel, und es gibt klar Vorgaben, was wir eigentlich verstehen ... welche Leistungen dieser Kanton Bern in allen Heimen ermöglichen soll. Das heisst, Gleiches soll gleich und Ungleiches soll ungleich behandelt werden, und insbesondere: Wir steuern über Tarife und nicht mehr über Defizite. Das heisst: Jede Institution, ob sie denn beim Kanton ist oder nicht, hat einen Tarif für Leistungen. Der grosse Unterschied ist: Wenn wir heute nicht auslagern, dass die einen sich daran halten müssen, alle ihre Strukturen dafür bereit machen – das ist eine schwierige Aufgabe –, und die anderen, die beim Kanton Bern ... die haben zwar vorne eine theoretische Diskussion, die bekommen auch einen Preis, aber Ende Jahr, wenn sie es nicht schaffen, können Sie weiterhin ihr Defizit vom Kanton bezahlen lassen. Wir nennen das Checkbuchmentalität in den Institutionen. Und das können wir nicht verantworten, und für das sind wir hier nicht da. Wenn wir von Gleichheit reden, dann bitte von Gleichheit für alle 90, die draussen sind, und die, die drinnen sind.

Wir verhindern aber auch, dass sie sich am Markt bewegen können, dass sie am Markt in Zukunft aufgrund von Behandlungsoptionen, von neuen, sinnvollen Zusammenschlüssen ... die machen können ... weil einen Kanton und de facto eine Stiftung man so nicht zusammenschliessen kann. Auch dort braucht es eine neue Struktur, analog wie wir es auch bei Spitälern gemacht haben.

Was heisst eigentlich Gleichbehandlung aber auch noch? Es heisst, dass es nicht weiterhin so ist – wir nennen das Good Governance –, dass hier der Kanton etwa fünf Hüte anhat. Er sagt den Bedarf, den der Kanton hat, er sagt, welche Leistungen man erbringen soll, er sagt dann nachher auch noch gerade, was die Leistungen nach klarem Tarif kosten dürfen, er kontrolliert alle Institutionen, und nachher am Schluss hat er noch eigene Heime. Diese Hüte hat vermutlich sonst keine Institution und kein System im Kanton Bern an. Das geht nicht, das ist nicht zukünftig, und da schreien alle auf, die finden, dass z. B. Banken von jemand anderem kontrolliert werden müssen. Auch hier ist es eine klare Trennung: Der eine bestellt, der eine kontrolliert, der eine sagt die Tarife, und der andere führt aus.

Was heisst eigentlich unternehmerisches Handeln? Kolleginnen und Kollegen, all diese Ängste, auch von einzelnen Institutionen hier, die haben alle. Weil wir ein Gesetz gemacht haben, das knallharte Tarife hat. Die sind nicht entstanden über Evi Allemann, die sind entstanden, weil man klare Querverweise gemacht hat mit anderen Kantonen, mit anderen Institutionen und anderen wissenschaftlichen Studien. Und die haben alle gleich ... und an die müssen sich alle halten. Damit merken Sie: Es gibt dauernd eine Verschiebung zwischen einem KFSG und einer reinen Ausgliederungsmassnahme. Und, das ist mir wichtig, darum müssen wir zuerst mal eintreten, weil die miteinander nichts zu tun haben.

Was passiert denn eigentlich, wenn wir nicht auslagern? Kolleginnen und Kollegen, wir gehen zwar heute Mittag essen, aber diese Institutionen werden über kurz oder lang unter massiven Druck kommen, weil sie nämlich in den Strukturen des Kantons Bern nicht gleich fähig sind, sich anzupassen, nicht gleich fähig sind, ihre Overhead- oder was -Strukturen anzuschauen, ihre Infrastrukturen

anzuschauen. Sie können sich nicht zusammenschliessen, sie können nicht neue Optionen machen in Zukunft – all das ist ihnen verunmöglicht. Und das darf nicht sein.

Ich komme zu zwei Details. Thema Businesspläne. Ja, ein Teil der Institutionen, die wir angeschaut haben, ist zum jetzigen Bereich *de facto* nicht in der schwarzen Null. Kolleginnen und Kollegen, aber darum geht es ja! In den nächsten paar Jahren genau das anzuschauen, warum sie nicht in der schwarzen Null sind. Sind sie beim Overhead-Thema? Sind sie bei anderen Gründen? Wie alle anderen auch. Kolleginnen und Kollegen, die wurden sehr wohl mit Institutionen gemacht. Aber sie sind unangenehm, weil sie ein ganz anderes Denken voraussetzen, und auch grosse Verantwortung geben, nicht nur der strategischen, sondern auch der operativen Ebene.

Kolleginnen und Kollegen, wenn Meret Schindler hier in diesem Saal sagt, man dürfe nicht Justizheime auslagern ... Es gibt keine Justizheime mehr, seit wir einen Straf- und Massnahmenvollzug für Jugendliche anno 2011 neu umgesetzt haben. Ein Jugendheim Lory hat noch *zwei* Jugendliche pro Jahr, die über die Justizschiene hereinkommen. Es gibt zwei grosse Justizheime im alten Sinn – aber so heissen sie nicht mehr –, die in diesem Bereich arbeiten. Das ist die Stiftung Viktoria, Richigen, und das ist das Jugendheim Lory. Die haben beide sehr ähnliche Zielgruppen, die werden über ein ganz anderes Gesetz gesteuert. Also: Die Frage von Sanktionen, Einschluss usw. wird über das sogenannte Gesetz über freiheitsbeschränkende Massnahmen im Justizvollzug bei Jugendlichen und im Vollzug von Kinderschutzmassnahmen (FMJG) geregelt. Das ist ein eigenständiges Gesetz. Das Thema, dass man ein Justizheim, das es gar nicht mehr gibt, nicht mehr auslagern dürfe, weil 98 Prozent im anderen Bereich platziert werden, ist eine Falschinformation.

Und ich komme damit zum Schluss: Es geht hier in diesem Saal nichts gratis. Lassen Sie uns eintreten, lassen Sie uns die Diskussionen führen, nicht zuletzt auch, um allen Heimen die gleichwertige Zukunftschance zu geben. Wir brauchen sie im Kanton Bern, und insbesondere auch: Haben wir nicht die falsche Einschätzung, als ginge es nur darum, die einen gegen aussen zu schützen, und die anderen im kalten Markt sein zu lassen. Und es ist klar: Wir nehmen nicht zuletzt die Mitberichterstattung der FiKo sehr ernst. Und darum bieten wir Ihnen – wenn wir eingetreten sind – eine Variante an, wie man insbesondere den finanziellen Aspekt, der eine massive Belastung ist, da gebe ich dem Redner Bichsel recht ... wie man das lösen könnte, wie man das aufteilen könnte. Schauen wir dann zwei Varianten an. Kolleginnen und Kollegen, wir sind hier nicht ein Rat, wo primär nur Lobbyisten sind von Einzelheimen. Wir haben hier eine Gesamtverantwortung für alle Heime, auch für die 90, die hier in diesem Saal keine Vertretung haben. In diesem Sinne bittet euch – noch einmal – die GSoK mit 11 zu 5 bei einer Enthaltung, einzutreten.

Evi Allemann, DIJ-Direktorin. Dieses Geschäft Ausgliederung ist eng verknüpft mit den beiden Gesetzgebungen KFSG und VSG. Wir machen diese Ausgliederung zum jetzigen Zeitpunkt und mit der Überzeugung – mit der grossen Überzeugung, dass es jetzt richtig ist, weil am 1. Januar 2022 in diesem Kanton im Bereich von Leistungen von Kindern und Jugendlichen, die besonderen Schutz oder besonderen Förderbedarf haben, ein Systemwechsel umgesetzt wird. Es ist ein grosser Systemwechsel. Wir wechseln auf ein neues Modell in diesem Bereich, bei dem der Kanton viel stärker die Steuerung, die Finanzierung und die Aufsicht in seiner Hand hat. Heute haben wir eine historisch gewachsene Institutionenlandschaft mit 97 Institutionen, ein vielfältiges Angebot, das aber, wenn man es vergleicht mit anderen Kantonen, wirklich sehr vielfältig ist und ... in einer grossen Anzahl Institutionen in dieser Landschaft unterwegs sind. Das ist eine Qualität, das ist ein Vorteil auch für alle Kinder, die mit ihren Bedürfnissen sehr unterschiedlich sind, und diese Qualität wollen wir erhalten, wollen sie aber künftig besser steuern können, mit dem Ziel, dass wir wirklich im ganzen Kanton – und nicht dort, wo es historisch gewachsen ist – ein bedarfsgerechtes Angebot garantieren können.

Wir haben auf der Kantonskarte festgestellt, dass wir z. B. im Raum Biel, aber auch im Berner Jura, das bedarfsgerechte Angebot noch nicht in dem Ausmass haben, wie es wünschenswert wäre. Warum sage ich das? Wir haben mit der Gesetzgebung KFSG im Zweckartikel – vielleicht rufe ich den noch einmal kurz in Erinnerung – festgelegt, dass der Kanton durch dieses KFSG verpflichtet ist, ein bedarfsgerechtes Angebot für Leistungen für Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf sicherzustellen. Der Kanton ist also in der Pflicht. Es ist eine öffentliche Aufgabe, das zu machen.

Das Gesetz regelt dann – ich lese es vielleicht besser vor, statt es zu übersetzen – «die Planung und Finanzierung des Angebots» – der Kanton *plant* und *finanziert* –, «die bewilligungs- und meldepflichtigen Leistungen und den Zugang zu Leistungen für Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf». Diese Gesetzgebung tritt am 1. 1. 2022 in Kraft und verpflichtet uns mehr als früher, zu steuern, zu finanzieren und das bedarfsgerechte Angebot zu *garantieren*, also «sicherzustellen», wie das im Gesetz genannt wird. Es ist also eine öffentliche Aufgabe.

Die Frage, wer die öffentliche Aufgabe erbringt, ist eine andere, und dort ist dieser Systemwechsel verbunden damit, dass wir eine Entflechtung vornehmen. Wir formulieren ganz klar die Rahmenbedingungen und den Auftrag im Gesetz, im KFSG – im Bildungsbereich ist es ja das VSG – und lassen die Leistungserbringung nachher durch Institutionen machen, mit denen wir Leistungsvereinbarungen, Leistungsverträge abschliessen, gestützt auf faire, transparente Tarife. Das schafft auch zwischen den anderen 92 Institutionen gleich lange Spiesse und Fairness, und vor allem auch für die Eltern der Kinder, die betroffen sind, schafft es Fairness und Kostengleichheit. Weil heute ist es fast ein wenig Zufall, wo man wohnt, in welcher Gemeinde man ist, welcher Sozialdienst einen zuweist, ob es die KESB ist, ob es der Sozialdienst ist, in welche Institution man zugewiesen wird, wieviel man sich beteiligen muss. Diese Unfairness beseitigen wir mit dieser Gesetzgebung.

Und darum war es für uns der Moment zu überlegen: Ist es denn angesichts dieses Modellwechsels noch richtig, dass der Kanton fünf von 97 Leistungserbringern selber in der eigenen Hand hat, obwohl er die Gesamtplanung und -steuerung übernimmt und eigentlich Leistungsverträge mit den Leistungserbringern abschliesst, oder ist jetzt der richtige Moment, die Ausgliederung zur Diskussion zu stellen? Und da sind wir in der Regierung zum Schluss gekommen: Es ist jetzt der Moment. Und es ist der Moment, das auf den Zeitplan der Gesetzgebung abzustimmen.

Und ich habe dort ... Meine erste Reaktion, als ich vor drei Jahren mit diesen Fragen konfrontiert wurde, zuerst einmal mit dieser Gesetzgebung, die damals erst in Umrissen überhaupt auf dem Tisch lag, wo ich selber noch in wesentlichen Zügen mitprägen ... war für mich klar, dass man das parallel zu dieser Gesetzgebung machen muss. Weil das kann man dann nicht irgendwann später anschauen. Sonst setzen wir uns dem Vorwurf aus, diesen Modellwechsel nicht konsequent und kohärent durchdacht zu haben. Das ist der Grund, warum wir Ende 2019 in der Regierung einen Grundsatzentscheid gefällt haben. Und ich wäre auch lieber mit Zwischenberichten vorgegangen. Aus zeitlichen Gründen war das – wenn wir wiederum an die Kohärenz denken und dann den grossen Zusammenhang mit der neuen Gesetzgebung – schlicht nicht möglich. Darum habe ich mitentschieden, zusammen mit Christine Häsler, dass wir einen Konzeptbericht erarbeiten, parallel aber zusammen mit den Institutionen das Projekt bereits starten und sofort ...

Wir sind ... Zwei Wochen nach diesem Grundsatzentscheid haben wir die Institutionsleitenden an einen Tisch geholt – die strategische und die operative Ebene –, haben ihnen unsere Vorstellungen des Projektverlaufs und vom Einbezug vorgestellt, haben dieses Projekt aufgeteilt in verschiedene Teilprojekte, haben nachher im Januar bereits zum ersten Mal in der GSoK informiert. Ich war sechsmal in der GSoK, dreimal in der BiK, zweimal in der FiKo. Es waren immer Informationsgeschäfte. In der GSoK natürlich nachher später nicht mehr, da ging es auch um Entscheidungen. Aber wir haben wirklich immer die Gelegenheit geboten, Inputs zu geben, nicht nur Fragen zu stellen, sondern auch klare Antworten zu bekommen, damit Sie abschätzen können, ob Sie politisch dieses Projekt noch anders ausrichten möchten.

Das ist jetzt ein bisschen spät mit diesen Rückweisungsanträgen auf den Tisch gekommen, aber genau das ist eigentlich das Richtige: Wenn man die Grundsatzfrage – ja, es ist richtig angesichts des Modellwechsels, ausgliedern zu wollen – mit Ja beantwortet, muss man heute eintreten auf dieses Geschäft und allenfalls nachher mit Rückweisungen noch eine Justierung bei der Kapitalausstattung vornehmen. Das ist noch gut möglich. Die Rückweisungsanträge sind ja terminiert bis zum Frühling 2022, und was wir ... wenn man grundsätzlich weiterarbeiten will, dann brauchen wir heute vor allem diesen Projektkostenkredit und den ICT-Kredit, und Kapitalausstattungen kann man durchaus auch noch zu einem späteren Zeitpunkt, nämlich im Frühling 2022, definitiv beschliessen, weil die Ausgliederung ja auf den 1. 1. 2023 angedacht ist.

Dort haben wir anfänglich übrigens ein höheres Tempo angeschlagen und haben nachher aufgrund der Rückmeldungen aus den Institutionen auf 1. 1. 2023 geschwenkt, haben sichergestellt, dass wir

in diesem Übergangsjahr die Finanzierung sicherstellen können. Wir haben überdirektional mit der SID, der GSI, der BKD und der DIJ abgemacht, wie wir es dann konkret machen. Da konnten wir uns also relativ gut einigen, obwohl es eine komplexe, überdirektionale Aufgabe ist. Wir können auch sicherstellen, dass wir in diesem Übergangsjahr keine Unsicherheiten haben, haben nachher sogar für die Institutionen noch untereinander abgemacht – und das steht auch so in den Unterlagen –, dass die Institutionen noch ein zusätzliches Jahr die Sicherheit haben, dass sie planen mit den Zahlen auf der Basis der Aufwand- und Leistungsplanung 2021. Also sie sind noch zwei Jahre relativ privilegiert gegenüber den anderen 92 Institutionen, weil sie wirklich eine Finanzierungssicherheit haben, noch in einem höheren Ausmass als die anderen.

Die Leistungsverträge – ja, die gibt es noch nicht. Wir sind daran, sie zu verhandeln bzw. die kann man seriöserweise erst dann verhandeln, wenn sowohl das KFSG, das im Dezember verabschiedet wurde, wie das VSG, das Sie jetzt verabschiedet haben, klar die Grundlage liefern. Jetzt ist das VSG verabschiedet. Jetzt kann man die letzten Unsicherheiten ... die für diese Verhandlungen noch da waren, sind ausgeräumt, und die Leistungsverträge werden im Herbst abgeschlossen. Und das hat natürlich eine Auswirkung auf die Businesspläne, das ist klar. Das war genau die Herausforderung, dass wir beim Erstellen der Businesspläne die ganz konkrete Gesetzgebung im Bereich VSG noch nicht fertig hatten. Darum ist es auch beim HSM so. Sie sind am meisten betroffen, v. a. vom VSG, ganz viele Regeln legt das VSG fest, und deswegen hat man bei ihnen die grössten Unsicherheiten. Das erklärt vielleicht auch, warum dort, beim HSM, die Skepsis und Kritik am grössten ist. Aber diese Fragen sind inzwischen geklärt. Und es ist auch klar, dass diese Businesspläne logischerweise sich immer noch weiterentwickeln. Und die Finanzierung in Zukunft läuft über die Abgeltungen, die gestützt auf die Leistungsvereinbarungen ausgezahlt werden. Es ist der Kanton, der das zahlt, der Kanton, der eine Pflicht hat, ein bedarfsgerechtes Angebot sicherzustellen.

Ich glaube, heute haben die Institutionen vor allem eines verdient, nämlich Klarheit. Wenn man ausgliedert, dann muss man das jetzt anpacken und heute auf diese Geschäfte eintreten, allenfalls mit Rückweisungen. Das ist ein Teil von ... Das schafft nicht Unklarheit. Das gibt uns nur den Auftrag, so wie die verschiedenen Rückweisungsanträge formuliert sind, noch mit Varianten zu arbeiten, zusätzliche Optionen aufzuzeigen. Und man kann dieses Geschäft logischerweise so oder anders finanzieren. Die Kapitalausstattung, da gibt es verschiedene Spielvarianten. Wir haben alle möglichen bereits geprüft. Und darum wären wir auch parat, innert relativ kurzer Frist gewisse Forderungen noch vertieft abzuklären, wieder zurück auf eine Mietlösung gehen. Wir haben das auch intensiv diskutiert. Es hat Vor- und Nachteile.

Auch der Verkauf zu einem symbolischen Preis von einem Franken, das hat für die Institutionen *riesige* Vorteile: Sie sind kapitalmarktfähig, könnten Institutionen finanzieren, indem sie am Markt Geld aufnehmen. Das ist für die Institutionen eine Toplösung. Geld in die Hand nehmen muss der Kanton nicht 80 Mio., sondern verzichten auf die Einnahme. Aber für den Haushalt – da kann ich finanzpolitische Überlegung natürlich nachvollziehen – ist es natürlich nachteilig. Ja, das ist so. Dieses Geschäft hat ein Preisschild. Ob man mit Mietlösung vorgeht oder einem Verkauf der Immobilien oder ob man sogar noch – das waren auch Forderungen, die im Raum standen – Bargeld mitgibt ... Darauf haben wir verzichtet. Das wäre ein Wunsch gewesen.

Die Frage ist auch, wie viele Overhead-Stellen diese Institutionen schaffen müssen, weil sie gewisse Aufgaben übernehmen müssen – logischerweise –, die heute der Kanton macht, im IT-, im Finanz- und im HR-Bereich. Es bestehen sehr unterschiedliche Vorstellungen, wieviel es da braucht. In ihren Strategien gehen sie von ganz Unterschiedlichem aus: das HSM von einem relativ grosszügigen Overhead von rund 30 Stellen. Da sind auch zusätzliche Stellen drin. Diese müssen über die Leistungserbringung und die Leistungsabgeltung finanziert werden. Und auch dort ist es an den Institutionen, wirklich gut zu überlegen, was sie an Overhead-Kosten finanzieren können angesichts der Leistungen, die sie erbringen. Alles ist nicht möglich, aber ich bin überzeugt, dass wir mit der Art und Weise, wie wir die Institutionen in die Selbstständigkeit entlassen würden, so wie es die Regierung vorschlägt ... die Institutionen mit einer nachhaltigen Kapitalausstattung ausstatten, ihnen auf lange Dauer ... nicht mit dem Geld, das jetzt diese Kapitalausstattung kostet, sondern mit dem Geld, mit den Abgeltungen, die sie jährlich bekommen für die Leistungen, die sie erbringen, wirklich gut

dastehen. Gleich gut wie die anderen Institutionen, die in diesem Feld aktiv sind, und dass diese Institutionen auch kapitalmarktfähig sind, so wie wir es vorschlagen, schuldenfrei ausgegliedert.

Wir lassen also diese Institutionen nicht fallen, wir sind sehr vorsichtig und umsichtig vorgegangen, haben auch die ganzen personalrechtlichen Bedenken ernstgenommen, haben versucht, in diesem Bereich die bestmögliche Lösung rauszuholen, stellen die analogen Bedingungen, die Arbeitsbedingungen über Personalreglemente sicher. Das ist auch ein Wunsch aus den Institutionen, dass man es über das Personalreglement und nicht über den GAV – den es für diese Branche eben leider nicht gibt und für alle sinnvoll wäre – sicherzustellen, aber man stellt es sicher. Man ist auch an ganz enge gesetzliche Vorgaben ... Gesetz über die Anstellung der Lehrkräfte (LAG) gebunden, man ist dort nicht völlig frei im Ansetzen der Arbeitsbedingungen. Das ist auch richtig so, zum Glück auch. Diese Institutionen sind in einem stark regulierten Markt, um das Wort trotzdem zu nennen, unterwegs. Sie sind wie alle anderen auch und haben deshalb natürlich diesen Spielraum – den sie zusätzlich hätten, als ausgegliederte Institutionen –, auch dringend nötig.

Und im Zentrum all dieser Überlegungen stand immer der Schutz und die Förderung der Kinder und Jugendlichen. Der Grund, warum im Vortrag wenig bis gar nichts steht zur Qualitätssicherung im Bildungsbereich, zum pädagogischen Mehrwert, zum Angebot als solches, ist, weil es diesen direkten Link zum KFSG und VSG gibt. Weil diese Fragen dort in diesen Vorträgen abgehandelt sind, und die Ausgliederung nur eine logische Konsequenz ist von einer kohärenten, stimmigen Umsetzung dieses Modellwechsels. Eigentlich müsste man die drei Vorträge, KFSG, VSG und Ausgliederungsvortrag, zusammen lesen. Die haben einen inneren Zusammenhang. Darum hatten wir z. T. auch Kommissionssitzungen, an denen die BiK und die GSoK zusammen tagten, wo man sich eng austauschte, wo man auch Tabellen hatte, welche Artikel in diesen Gesetzgebungen einen Einfluss auf die jeweilige andere Gesetzgebung haben. Auch bei der KFSG-Diskussion erfolgte das immer in enger Absprache in diesen Schlüsselartikeln mit dieser VGS-Gesetzgebung, und in der Ausgliederung haben wir das «Auseinanderbeineln» dieser Gesetzgebungen – um Ihnen aufzuzeigen, was welchen Zusammenhang hat – ja auch gemacht.

Ich glaube, heute haben die Abstimmungen zum Eintreten einen Charakter einer Grundsatzentscheidung. Möchte man diese Ausgliederung haben, muss man heute eintreten, ist aber durchaus frei, später noch bei der Kapitalausstattung in Form von Rückweisungsanträgen weitere Ideen prüfen zu lassen. Will man sie nicht, tut man gut daran, *heute* Klarheit zu schaffen und auf alles nicht einzutreten. Wir brauchen nämlich ... Wenn wir nicht ausgliedern, müssen wir umgliedern, innerhalb der kantonalen Verwaltung. Das kostet auch ein bisschen etwas. Vor allem kostet es Arbeitszeit intern in der Verwaltung. Auch ein bisschen auch Nerven, das konnten wir bei der Umsetzung der Direktionsreform (UDR) schon bereits erleben. Aber diese Umgliederung ist machbar. Und die kostet uns nicht drei Millionen. Wir brauchen keinen Projektkostenkredit von drei Millionen für eine Umgliederung. Das können wir decken mit dem, was beschlossen ist, und wir müssen auch nicht zusätzliche Projektkosten beschliessen, wenn man nicht ausgliedern muss.

Das Projekt wäre damit vom Tisch, und wir würden eine Umgliederung machen, einerseits der drei Institutionen von der GSI und SID in die DIJ – die BEO-Bolligen ist bereits in der DIJ – und des HSM in die BKD. Und die ICT-Frage stellt sich nicht mehr mit einer Umgliederung, weil da wäre es klar, dass man diese Institutionen sofort ins ERP-Projekt integrieren müsste. Dort stellen sich alle diese Fragen im Rahmen des ERP-Projekts unter Federführung der Finanzdirektion, und müssten auch aus den ERP-Projektkosten finanziert werden. Dafür brauchen wir und können wir auch gar keinen ICT-Kredit brauchen, der ganz anders begründet ist und mit ERP ja nichts zu tun hat, so wie er jetzt heute auf dem Tisch liegt.

Ich bitte Sie also im Namen des Regierungsrates, einzutreten und die Grundsatzfrage der Ausgliederung heute zu klären.

Le président. Je laisse encore la parole à Mme la députée Mühlheim, brièvement.

Barbara Mühlheim, Bern (glp), GSoK-Sprecherin. Nur noch kurz zur Abstimmung, die jetzt kommt. Die fünf Anträge hängen zusammen. Sie haben einen IT-Antrag, der zum Streichen ist, mit vier Kreditanträgen. Bitte stimmen Sie einheitlich ab. Man kann nicht das eine nehmen und das andere

nicht. Damit Sie wissen, wie sie zusammenhängen: Traktandum 76 ist der IT-Antrag. Wenn Sie nicht eintreten wollen, dann müssen Sie diesen auch streichen, und umgekehrt: Wenn Sie eintreten, müssen Sie bei allen fünf eintreten.

Le président. Bien. Nous allons donc voter sur les affaires des points 76 à 80 de l'ordre du jour. Vous l'avez entendu, il y a une unité de matière entre ces objets. Nous allons voter sur la proposition de refus d'entrée en matière déposée par l'UDC pour le point numéro 76. Il faut juste que l'informatique soit prête. – Les député-e-s qui refusent l'entrée en matière votent oui, celles et ceux qui souhaitent entrer en matière votent non.

Barbara Mühlheim, Bern (glp), GSoK-Sprecherin. Ich möchte es noch schnell wiederholen, damit richtig abgestimmt wird. Wer rückweisen will: Ja, und wer nicht rückweisen will: Nein. Wir haben das so abgemacht.

Le président. Non. Es ist falsch gesagt, entschuldige. Ich mache es nochmals: Nous avons une proposition de refus d'entrée en matière. Donc, les député-e-s qui acceptent cette proposition de refus d'entrée en matière vont voter oui et les député-e-s qui refusent cette proposition de refus d'entrée en matière vont voter non.

Abstimmung / Vote

2021.DIJ.1761

Nichteintretensantrag SVP / Proposition de refus d'entrer en matière UDC

Annahme / Adoption

Ja / Oui	74
Nein / Non	69
Enthalten / Abstentions	4

Le président. J'ai eu chaud. – Vous avez donc accepté la proposition de refus d'entrer en matière. Nous passons maintenant au point numéro 77 : les député-e-s qui acceptent la proposition de refus d'entrée en matière votent oui, celles et ceux qui refusent la proposition de refus d'entrée en matière votent non. (*Zwischenruf von Grossrätin Mühlheim: «Die sind obsolet!» / Interjection de Mme la députée Mühlheim : « Ils sont obsolètes ! »*)

Abstimmung / Vote

2021.DIJ.1762

Nichteintretensantrag SVP / Proposition de refus d'entrer en matière UDC

Annahme / Adoption

Ja / Oui	73
Nein / Non	69
Enthalten / Abstentions	3

Le président. Vous avez accepté la proposition de refus d'entrée en matière pour le point numéro 77 de l'ordre du jour.

Formellement, nous devons encore voter les trois dernières affaires. Donc, nous allons le faire. Le point numéro 78 : les député-e-s qui acceptent la proposition de refus d'entrer en matière votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.DIJ.1763

Nichteintretensantrag SVP / Proposition de refus d'entrer en matière UDC

Annahme / Adoption

Ja / Oui	73
Nein / Non	69
Enthalten / Abstentions	3

Le président. Vous avez accepté la proposition de refus d'entrée en matière.

Nous allons refaire le même exercice pour le point numéro 79 de l'ordre du jour : les député-e-s qui acceptent la proposition de refus d'entrée en matière votent oui, celles et ceux qui refusent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.DIJ.1764

Nichteintretensantrag SVP / Proposition de refus d'entrer en matière UDC

Annahme / Adoption

Ja / Oui	73
Nein / Non	70
Enthalten / Abstentions	3

Le président. Vous avez accepté la proposition de refus d'entrée en matière.

Vous devez encore vous exprimer sur la proposition de refus d'entrée en matière du point 80 de l'ordre du jour : celles et ceux qui acceptent cette proposition de refus d'entrée en matière votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.DIJ.1765

Nichteintretensantrag SVP / Proposition de refus d'entrer en matière UDC

Annahme / Adoption

Ja / Oui	73
Nein / Non	70
Enthalten / Abstentions	3

Le président. Vous avez accepté cette proposition de refus d'entrer en matière. J'interromps quelques minutes pour la suite des votes à venir. – *(Der Präsident bespricht sich mit dem Generalsekretär. / Le président consulte le secrétaire général.)*

On m'informe que le vote sur le point 75 est obsolète au vu de la décision que vous avez prise concernant l'ensemble de ces affaires. – Nous arrivons donc au terme. – Est-ce que quelqu'un souhaite encore prendre la parole par rapport à ces affaires ? M. le député Brönnimann souhaite s'exprimer, il a la parole.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp), Einzelsprecher. Den Spruch «Ich stehe mit abgesägten Hosen da», den habe ich schon ein paar Mal gehört in dieser Fraktion, aber ich glaube, heute stehen *wir* mit abgesägten Hosen da: unser Parlament, unser Kanton, der zwei Gesetze verabschiedet hat – die Regierungsrätin hat es erläutert, die GSoK-Sprecherin auch –, mit dem Ziel, neu zu steuern über die Tarife. Und jetzt hatten wir durch eine ganz interessante Konstellation eine Allianz, die alles versenkt hat. Zu meinen, es sei jetzt alles erledigt, ist ein grosser Irrtum, glaube ich. Es ist erledigt für jetzt, aber ich bin dann sehr, sehr gespannt, wie es weitergeht.

Ich wäre eigentlich auch noch interessiert zu hören, ob die Regierungsrätin oder die Kommissionsprecherin eine Idee hat, wie es weitergeht. Ich bin zwar jetzt nicht mehr in der Verantwortung als Präsident einer Institution, aber man sollte sich schon bewusst sein: Für diese Institutionen entstehen jetzt natürlich ganz, ganz viele Fragezeichen, und da sollte man möglichst bald eine Antwort bekommen, wie es weitergeht. Einfach jetzt nur darauf zu warten, dass dann die Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden und zu meinen, alle Probleme seien gelöst, ist ziemlich blauäugig, glaube ich. Da verschliesst man einfach die Augen vor den Tatsachen, die wir hier in diesem Saal mit der Verabschiedung dieser zwei Gesetze selber geschaffen haben.

Le président. Est-ce que Mme la conseillère d'Etat souhaite dire quelque chose ? – Je lui laisse la parole.

Evi Allemann, DIJ-Direktorin. Herr Brönnimann hat mir eine konkrete Frage gestellt, die ich sehr gern hier beantworte. Es ist logisch, dass wir jetzt nicht einfach alles sein lassen, wie es ist. Können wir ja gar nicht. Wir haben jetzt Ihren Auftrag oder Ihre Haltung, dass man auf die Ausgliederung verzichtet, ernst zu nehmen. Sofort werden wir dieses Projekt begraben, logisch, aber das neue Projekt oder die beiden neuen Projekte starten für die Umgliederung. Um die kommen wir ja nicht herum, das habe ich in meinem Votum vorhin gesagt. Wir haben bereits schon vor den Sommerferien die nächste Sitzung einberufen. Am 2. Juli werden wir zusammen mit den Institutionen besprechen, wie wir die Umgliederung vorgesehen haben, damit die Institutionen Klarheit haben, was die nächsten Schritte sind auf dem Weg in die neuen zuständigen Direktionen.

Vier werden, wie ich gesagt habe, in die Zuständigkeit der DIJ kommen, und das HSM wird in die Zuständigkeit der BKD kommen. Wir beide Direktionen haben schon konkrete Vorstellungen, wie man das machen würde. Wir haben auch ganz klar die Verantwortung dafür, dass wir mit diesen Institutionen einen guten Umgliederungsprozess starten, damit wir auch parat sind mit diesen Institutionen für diese neue Gesetzgebung, und die Vorarbeiten, die im Ausgliederungsprojekt geleistet wurden, die sind uns natürlich auch sehr hilfreich. Wir kennen diese Institutionen noch viel besser als vorher und wissen genau, was auf uns zukommt und werden, genau wie wir es mit den anderen Institutionen auch machen werden, im Herbst mit den eigenen Institutionen Leistungsvertragsverhandlungen führen und dort halt mit zwei Hüten am Start sein. Aber auch das werden wir regeln und so fair wie möglich über die Bühne bringen.

Le président. Bien, nous n'avons pas encore tout à fait terminé. Je vous remercie d'être attentifs encore un instant. Je rappelle que les affaires concernant la DSE, les affaires qui étaient prévues dans le programme aux numéros 69 et 70, seront traitées en septembre.

Je rappelle aussi que les membres de la CFor, de la BiK, et les présidents de groupes se retrouvent à la « Wandelhalle » après la session pour une introduction et un examen préalable de la loi sur les hautes écoles (LEHE) que vous traiterez en septembre, c'est juste pour clarifier la procédure avec les présidents des groupes et les membres de la CFor.

Nous arrivons à un moment plus émotionnel. Nous avons cinq membres du Grand Conseil qui ont annoncé leur démission aux Services parlementaires. Je vous demanderais de prendre place et d'être attentifs s'il vous plaît.

Verabschiedung von Mitgliedern des Grossen Rates Hommage à des membres du Grand Conseil démissionnaires

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp)

Le président. Da die Grossrätinnen und Grossräte, die demissioniert haben, deutschsprachig sind, werde ich die Verabschiedung auf Deutsch halten. Ich beginne mit Herrn Grossrat Luca Alberucci, glp, der bald einen Termin hat – sonst hätte ich mit Frauen angefangen. Es tut mir leid – also nicht für Herrn Alberucci! Ich lese vorerst den Abschiedsbrief, den du, Luca, uns am 20. April per Mail geschickt hast.

«Geschätzter Herr Grossratspräsident, geschätzte Mitglieder des Präsidiums, lieber Stefan, cher Hervé, lieber Martin, liebe Mitglieder des Grossen Rats

Hiermit gebe ich meinen Rücktritt aus dem Grossen Rat des Kantons Bern per 30. Juni 2021 bekannt.

Aufgrund gestiegener Verantwortung und Engagements in meinem Beruf ist die Vereinbarkeit des Grossratsmandats, des Berufs und des Privatlebens für mich nicht mehr gegeben.

Ich habe mich deshalb entschieden, den Grossrat zu verlassen, und das mit einem lachenden und einem weinenden Auge.

Die dadurch gewonnene Zeit gibt Raum für Neues, den ich sinnvoll werde nützen können. Darauf freue ich mich riesig.

Die politische Arbeit und den Dienst an die Gemeinschaft als Kantonsparlamentarier, die Arbeit in der Fraktion, die vielen Begegnungen mit Mitgliedern des Grossrats werden mir allerdings fehlen.

Ich danke euch allen, liebe Grossrätinnen und Grossräte, für die gemeinsame Zeit und wünsche euch Weisheit, Mut, Mitgefühl und Augenmass bei der Ausübung des Amtes, dessen Wahrnehmung ich stets als Privileg und grosse Verantwortung verstanden habe.

Herzliche Grüsse, Luca»

Lieber Luca, im Leben müssen wir manchmal Entscheidungen treffen, und zwar in Schlüsselmomenten, in denen der Beschluss, den wir treffen, die Flugbahn unseres eigenen Lebens neu ausrichtet und unsere Beziehungen zu unserer unmittelbaren Umgebung beeinflusst. Du, lieber Luca, musstest die Interessen deines beruflichen, politischen und familiären Lebens auswerten. Die Entscheidung, dein Mandat als Kantonalpolitiker aufzugeben, muss dir nicht leichtgefallen sein. Auch wenn du ein Experte für die Risiken bist, mit denen du in deinem Beruf täglich zu tun hast, muss dieses Dilemma dich ziemlich beschäftigt haben. Aber ich bin überzeugt, dass der Weg, den du für dich eingeschlagen hast, der richtige ist und er es dir ermöglichen wird, deine berufliche Karriere und dein Familienleben wieder mit mehr Musse und Ruhe unter einen Hut zu bringen.

Für uns, die Mitglieder des Grossen Rates, werden deine Beweggründe sicherlich Anlass zum Nachdenken geben. Wir sind ein Milizparlament, dessen Mitglieder in der Lage sein sollten, die Vielfalt der Menschen und Berufe, die diesen Kanton ausmachen, zu repräsentieren. Wie wir wissen, ist Politik zeitaufwändig und zahlt sich finanziell nicht gut aus. Die Balance zwischen politischem Engagement, Privatleben, kulturellen und sportlichen Aktivitäten und einer fairen finanziellen Entlohnung zu finden, ist manchmal nicht offensichtlich.

Lieber Luca, du bist am 1. Mai 2015 in den Grossen Rat eingetreten, nun verlässt du ihn gut sechs Jahre später wieder. Während dieser Zeit warst du stellvertretendes Mitglied der BaK, im September 2019 bist du – ebenfalls als Ersatzmitglied – in die Sicherheitskommission eingetreten. Am 1. August 2019, einem symbolischen Datum, hast du mit der Übernahme des Präsidiums der GLP-Fraktion eine grosse Verantwortung übernommen. Seitdem bist du auch Mitglied des Grossratsbüros.

Diese ganze Zeit der parlamentarischen Tätigkeit hat dir erlaubt, die kantonalen Institutionen zu hinterfragen. Du hast dich z. B. für die Monopoleinnahmen der BKW interessiert. Du schautest auch auf die Gebäudeversicherung Bern, deren Monopol du vergeblich beseitigen wolltest, und auf das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt, wo du für eine Neupositionierung der Einheiten eintratest. Du hast die kantonalen Direktionen und Regionen aufgefordert, Benchmarks zu entwickeln, und für die bernischen Gemeinden Vergleichsindikatoren einzuführen. Kurzum: Die Risikobemessung weicht nie von deiner Seite, auch nicht bei deinen politischen Aktivitäten.

Auch die Umwelt war eine wichtige Motivation für dich. Bei deinem letzten parlamentarischen Vorstoss bist du auf das Fahrrad gestiegen, um den Langsamverkehr zu fördern. In deiner vorletzten Rede ging es um die Pflanzenkohle. Ich erlaube mir eine Bemerkung zum Abschluss dieses parlamentarischen Teils ... ah nein, es ist nicht jetzt.

Lieber Luca, du wirst sicher derjenige sein, der das BERNEXPO-Areal vermissen wird, du wohnst nämlich nur ein paar Dutzend Meter von hier entfernt, was dir erlaubte, ganz gemächlich so gegen halb neun Uhr aufzustehen und trotzdem noch rechtzeitig an den Sitzungen teilzunehmen. Wir alle wünschen dir alles Gute für die Zukunft, auf dass du dank der freien Zeit deine Hühner füttern, am Ufer des Neuenburgersees zelten, Wassersport betreiben und natürlich voll und ganz aufblühen kannst.

Die Anwesenden erheben sich zu anhaltendem Applaus. /

L'assemblée se lève pour une longue ovation.

Elisabeth Striffeler-Mürset, Münsingen (SP)

Le président. Ich springe zu den Damen zurück: Die Erste ist Grossrätin Elisabeth Striffeler-Mürset, SP-JUSO-PSA. Liebe Elisabeth, ich lese zuerst deinen Brief.

«Rücktritt aus dem Grossen Rat

Sehr geehrter Herr Grossratspräsident, lieber Hervé, werte Mitglieder des Grossen Rates

Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt aus dem Grossen Rat auf den 30. Juni 2021.

Meine Wählerinnen und Wähler gaben mir die Möglichkeit, im Grossen Rat ihre Anliegen zu vertreten und mich unter anderem auch für sozial Schwächere und ältere Menschen einzusetzen. Dafür bin ich sehr dankbar. Ich habe mich sehr gerne für die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Bern eingesetzt. Es war eine interessante, lehrreiche und unvergessliche Erfahrung. Es war eine Ehre, die Möglichkeit erhalten zu haben, Einblick in ein gut funktionierendes System zu erhalten. Diese Ehre gebe ich gerne an meine Nachfolgerin weiter.

Der Austausch über die Parteigrenze hinaus und die Sichtweise aus anderen Blickwinkeln zu erfahren, war bereichernd, manchmal auch etwas ernüchternd ...

Ich danke für die vielen guten Gespräche, für die Diskussionen im Büro und in der Kommission, welche mit gegenseitigem Respekt geführt wurden.

Ebenfalls danke ich all den Mitarbeitenden im Hintergrund für die unentwegte und sorgfältige Arbeit zu Gunsten des Ratsbetriebs und der Bevölkerung des Kantons Bern.

Häbets guet und bliebed gsung.

Herzlich, Elisabeth»

Liebe Elisabeth, der Rücktritt, den du angekündigt hast, ist nicht nur der einer Grossrätin. Es ist auch der einer Fraktionspräsidentin, die geht. Seit November 2017, also seit ich in diesen ehrwürdigen Rat eingetreten bin, war ich Mitglied in verschiedenen Gremien: In der SP-JUSO-PSA-Fraktion, Vizepräsidium der SP im Büro des Grossen Rates. Ich weiss also, dass die Fraktionsvorsitzenden in gewisser Weise die Diplomaten des Parlaments sind.

Als Fraktionspräsidentin braucht man viel Fingerspitzengefühl. Man muss die enthusiastischen Kollegen anspornen, sich einzubringen, sie aber gleichzeitig auch bremsen, um Platz für andere zu schaffen. Man muss die schüchternen, zurückhaltenden Kollegen ermutigen und sie ins rechte Licht rücken, sie aber nicht überfordern. Man sollte eine gute Zuhörerin sein – aber nicht zu sehr, sollte durchgreifen können – aber nicht zu hart. Man sollte die Redseligen, wo nötig, unterbrechen.

Als Sprecherin sollte man die Meinung der Fraktionsmehrheit vertreten, auch wenn diese einem nicht gefällt. Man sollte die Positionen der Partei verteidigen, selbst wenn man sie mal nicht teilt. Man muss das Vertrauen der politischen Verbündeten gewinnen, aber auch von den übrigen Ratsmitgliedern, mit denen man vielleicht nicht auf einer Wellenlänge ist. Man muss Sitzungen leiten, an denen sich ein paar Teilnehmende hinter ihrem PC verstecken, die ihre E-Mails beantworten, stricken, Karten spielen und durcheinander «schnure». Und du musst deinen lieben französischsprachigen Mitgliedern «zuelose», die einander manchmal diametral entgegengesetzte Ansichten ver-

treten, vor allem, wenn es um Jura-Fragen geht. Und das Ganze musst du ruhig, gelassen, freundlich und lächelnd meistern.

Liebe Elisabeth, all das hast du mit Bravour vollbracht, indem du immer alle gleich behandelt und Unterschiede respektiert hast, stets mit Eleganz und Humor. Du bist am 2. September 2013 in den Grossen Rat eingetreten. Einige Monate lang hast du in der Spezialkommission mitgewirkt, die das Gesetz zur Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots erarbeitet hat. Du warst eine Legislaturperiode lang, von 2014 bis 2018, stellvertretendes Mitglied der SAK. Im Juni 2014 hat dich der Grosse Rat als Mitglied in die GSoK gewählt, deren Vize-Präsidentin du am 1. September 2017 geworden bist. Am 1. Februar schliesslich hast du das Präsidium der SP-JUSO-PSA-Fraktion übernommen und wurdest damit gleichzeitig Mitglied des Büros des Grossen Rates.

Deine 35 parlamentarischen Vorstösse haben sich hauptsächlich auf den Bereich der öffentlichen Gesundheit konzentriert. Dabei ging's um Krankenhäuser, Sozialhilfe, häusliche Pflege, medizinische Ausbildung, Palliativmedizin, Krebsvorsorge, pflegende Angehörige, Demenz usw. Dein Ziel war es immer, das Zusammenleben zu erleichtern und der gesamten Bevölkerung, insbesondere den Schwächsten, eine unverzichtbare und würdige Gesundheitsversorgung zu garantieren.

Liebe Elisabeth, am 30. Juni 2021 wirst du die kantonale Politik verlassen, um mehr Zeit zu haben, dich deinen anderen zahlreichen Verpflichtungen zu widmen. Und sicherlich wirst du die freien Stunden auch nutzen, um einem deiner Hobbys nachzugehen, Nähen und Gestalten neuer Kleider. Ich wünsche dir von Herzen alles Gute für die Zukunft und danke dir nochmals für dein Engagement im Grossen Rat.

Die Anwesenden erheben sich zu anhaltendem Applaus. /

L'assemblée se lève pour une longue ovation.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP)

Le président. Wir kommen jetzt zur zweiten Dame, die den Grossen Rat verlassen wird, Sabina Geissbühler-Strupler, SVP. Liebe Sabina, gerne lese ich deinen Brief, den du am 20. Mai den Parlamentsdiensten des Grossen Rates geschickt hast.

«Rücktritt als Grossrätin

Geschätztes Grossratspräsidium, lieber Stefan, Hervé und Martin, liebe Grossratskolleginnen und -kollegen

Wegen SVP-interner Amtszeitbeschränkung läuft mein Grossratsmandat im März 2022 ab. Deshalb habe ich mich entschieden, nach der Junisession 2021 für Aliki Panayides, die den ersten Ersatzplatz einnimmt, zurückzutreten.

Zwar bin ich keineswegs «politmüde». Auch erhalte ich wöchentlich von Berner Bürgerinnen und Bürgern Verbesserungswünsche und Verbesserungsvorschläge, die ich immer ernst genommen und mit entsprechenden Vorstössen aufgenommen habe.

Aufgewachsen in einem parteilosen, aber politisch aktiven Elternhaus mit fünf Geschwistern, lernte ich schon früh, dass Ideen nur mit guten Argumenten eine Umsetzungschance haben. Ich war ein unbequemes Mädchen, wollte immer allem auf den Grund gehen und hatte stets unendlich viele Fragen, die ich beantwortet haben wollte. Meine Neugierde für das Leben, auch das Leben anderer Menschen und Völker, führte dazu, dass ich schon früh positive, aber auch negative Lebenserfahrungen sammeln konnte. Durch meine eigene Familie mit Mann, Tochter und drei Söhnen kamen dann ganz verschiedene Lebenserfahrungen und politische Schwerpunkte zusammen. So bin ich heute überzeugt, dass gute Entscheide in der Politik nur durch eine breite, politische Sichtweise gefällt und die Auswirkungen zum Voraus mit einbezogen werden müssen.

Deshalb liebte ich unser Politsystem vor der Parlamentsrechtsrevision: Damals konnte ich mich in allen Direktionen in Berichte einlesen, bei Gesetzesberatungen einbringen und somit ein ganzheitliches Denken antrainieren.

Als Primar- und Eidg. dipl. Turn- und Sportlehrerin mit Lehrerfahrung mit Kleinkindern bis zu Erwachsenen lagen mir Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungsthemen besonders am Herzen. Dass dabei den Entwicklungsstufen des Menschen im emotionalen, sozialen, körperlichen und psychi-

schen Bereich grosse Beachtung geschenkt werden sollte, war für mich prioritär. Obschon ich meine Vorstösse immer mit Argumenten reich untermauert habe, fanden sie oft erst einige Jahre später Unterstützung.

Zum Beispiel wies ich darauf hin, dass eine Integration aller Kinder in Regelklassen grosse Probleme wie Unruhe und Mehrkosten für Förderunterricht (heute ca. 120 Mio. Franken) verursachen würden. Dieser Vorstoss wurde besonders in den Medien als menschenunwürdig taxiert und sogar in einem Bild von Orlando thematisiert.» (*Der Präsident hält die «Bund»-Karikatur hoch. / Le président montre la caricature du journal « Der Bund ».*) Das Bild ist hier. «Dass unter einer Harmonisierung der Schulsysteme in der Schweiz eine «Mogelpackung» zur Abstimmung kam – wie zum Beispiel die Einschulung von Vierjährigen –, war für mich nicht nachvollziehbar. Diese Überforderung von Kleinkindern und Kindergärtnerinnen beschäftigt viele junge Eltern und auch mich bis heute. Denn Vier- und Fünfjährige gingen – ihrer Entwicklung entsprechend – bis anhin zum Beispiel wöchentlich zwei Stunden in eine Spielgruppe oder/und in ein Eltern-Kind-Turnen.

Vor der Einführung der Lehrmittel «Mille Feuilles» und «Clin d'Oeil» und nach eingehendem Studium der bereits vorliegenden wissenschaftlichen Fakten zum Fremdsprachenlernen, wollte ich die untauglichen Französischlehrmittel zuerst von Versuchsklassen testen lassen. Aber auch dieser Vorstoss brauchte Jahre, bis er als sinnvoll zur Umsetzung gelangt.

Diese Tatsache ist darin begründet, dass Vorstösse in der Bildung fast ausschliesslich Richtlinien-Motionen sind, deren Umsetzung in der Kompetenz des Regierungsrates liegt.

Nun wünsche ich meiner Nachfolgerin und euch allen gute Entscheide.

Diese sollen insbesondere zum Wohle unserer jüngsten Bürgerinnen und Bürger gefällt werden. Je nach dem, in welchem Umfeld die neue Generation heranwächst, werden diese Einflüsse die ganze Gesellschaft prägen und verändern.

Zum Abschluss der Leitspruch für mein Leben, den ich auch euch mitgeben möchte: «Herr, gib mir die Kraft, die Dinge zu ändern, die ich ändern kann, die Gelassenheit, das Unabänderliche zu ertragen und die Weisheit, zwischen diesen beiden Dingen die rechte Unterscheidung zu treffen.» (Franz von Assisi, 1181–1226).

Sabina Geissbühler-Strupler»

Liebe Sabina, als ich zum ersten Mal dein Rücktrittsschreiben las, sagte ich mir: Das ist 100 Prozent Sabina. Zunächst einmal habe ich darin diese enorme Überzeugungskraft entdeckt, die du in dir trägst, und die auch in deinen Voten immer spürbar war. Egal, ob man mit dir einig war oder nicht, muss man neidlos anerkennen, dass du deinen Standpunkt immer mit grösster Hartnäckigkeit verteidigt hast und dies – davon bin ich überzeugt – in der besten Absicht. Für mich ist dein Demissionsschreiben das parlamentarische Testament einer leidenschaftlichen Politikerin, welche die Regeln, die ihr auferlegt wurden, zwar respektiert, diese aber doch, darf ich sagen, mit einem gebrochenen Herzen kritisiert, weil diese Politik, die dir so sehr am Herzen liegt, dich schon seit deiner Jugend begleitet.

Dein Rücktrittsschreiben, Sabina, ist wie eine letzte Rede, ein letzter Vorstoss. Es ist feurig, stark argumentiert. Nichts wird dem Zufall überlassen. Die Frage, die du dir stellst, nämlich ob du im Amt bleiben oder zurücktreten sollst, ist überall zwischen den Zeilen zu lesen, und du erörterst diese Frage schon wieder solide, indem du dich an die grundlegenden Elemente erinnerst, die ich zu der Person gemacht haben, die du heute bist. Und am Ende fällt die Antwort: Es ist Zeit zu gehen. Zugestimmt und gleichzeitig abgeschrieben.

Liebe Sabina, du bist im November 2005 in den Grossen Rat eingezogen und warst dort bis im Mai 2006. Danach gab es eine kurze Pause bis zum 1. Januar 2008. Nun hast du beschlossen, am 18. Juni 2021, also diesen Freitag, deinen Platz zu verlassen. Seit 2008, dem Jahr, in dem du an der Ausarbeitung der «Convention scolaire romande» mitgewirkt hast, hast du eine Reihe von Mandaten übernommen. Wenn ich mir die Anzahl der Gremien anschau, in denen du zwischen 2010 und 2014 gesessen hast, verstehe ich dein Festhalten an den alten Arbeitsregeln des Parlaments. Zwischen dem 31. Januar 2011 und dem 20. Januar 2014 hast du in 16 Gremien mitgewirkt, vor allem bei Gesetzesänderungen. Von 2014 bis 2018 warst du Mitglied der Sicherheitskommission, und von 2018 bis 2021 warst du in der Bildungskommission aktiv.

Sabina, ich wünsche dir viel Glück und Erfolg bei deinen sportlichen Aktivitäten, unter anderem als talentierte Taucherin. Ich bin überzeugt, dass du die Entwicklung der kantonalen Politik weiter verfolgen wirst, und ich würde mich nicht wundern, wenn ich deinen Namen in dieser oder jener Zeitung auch künftig lese. Pass gut auf dich auf!

*Die Anwesenden erheben sich zu anhaltendem Applaus. /
L'assemblée se lève pour une longue ovation.*

Antonio Bauen, Bern (Grüne)

Le président. Wegen den Emotionen finde ich mein nächstes Blatt nicht mehr. – Nächster Rücktritt: Grossrat Antonio Bauen von den Grünen. Lieber Antonio, hier ist dein Rücktrittsschreiben an die Parlamentsdienste des Grossen Rates, das du am 7. Mai 2021 per E-Mail an das Präsidium geschickt hast.

«Sehr geehrter Herr Grossratspräsident, lieber Stefan, liebe Grossratskolleginnen und -kollegen
Auf einer Herbstwanderwoche in den Tessiner Bergen, bei Wind und Wetter, bei Schneesturm, Regen und wieder viel Sonne, hatte ich viel Zeit, mich mit meiner politischen Zukunft zu befassen. Nach bald 30-jährigem Engagement in der Politik habe ich mich entschieden, meine Schwerpunkte anders zu setzen. Hin zu mehr Freiraum für mich, mehr draussen in der Natur, im Schnee, im Wasser, in den Bergen, auf dem Velo, mehr Herz und Hand statt Kopf, Papier und Debatten, mehr Konzentration auf meine Arbeit in meiner Firma. Ich werde also nach 11 Jahren im Grossen Rat – wie passend für einen Fasnächtler – per Ende August aus dem Grossen Rat zurücktreten.

Es war auch für mich eine sehr spannende, interessante und lehrreiche, ab und zu auch erfolgreiche, aber auch anstrengende Zeit, ich möchte sie nicht missen. Anstrengend, weil vieles so lange geht, weil manchmal Partikularinteressen, politische Machtkämpfe guten, allen dienenden Lösungen im Wege stehen. Ich erinnere mich an die zahlreichen Spardebatten, wo vielfach bei den Kleinen genommen wurde, die sich nicht wehren können. Es ist schade und mitunter ein Problem unseres Kantons, dass wir viel zu wenig Mut haben, auf unsere zahlreichen Qualitäten und Chancen, die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land, Berg und Tal, Bekannt und Fremd zu setzen, es könnte eine Chance sein!

Es überwiegt aber viel Hoffnung und Zuversicht. Energie- und Klimawandel und Corona haben vieles verändert. Es sind neue positive Wertvorstellungen entstanden, nicht zuletzt bei der jungen Generation. So hoffe und wünsche ich mir für den Kanton Bern, dass der Vers von Kurt Marti, dem Berner Theologen, Schriftsteller und Dichter zum Motto für den Kanton und den Grossen Rat, ja für uns alle wird:

«wo chiente mer hi
wenn alli seite
wo chiente mer hi
und niemer giengti
für einisch z'luege
wohi dass me chiem
we me gieng»

(Heiterkeit und Applaus / Hilarité et applaudissements)

Herzlichen Dank, merci beaucoup für das Erlebte, die Begegnungen, die engagierte Arbeit der Mitarbeitenden der Verwaltung, des Ratsbüros, der Regierung und euch beiden, abtretender und neuer Grossratspräsident, Stefan und Hervé. Danken möchte ich auch den Medienschaffenden und den Übersetzerinnen und Übersetzern und allen, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, für den Austausch, das Mittragen und das Zuhören. Schliesslich möchte ich mich mit einer Überschrift auf einem «BZ»-Artikel verabschieden – muss wohl in der Fasnachtszeit gewesen sein –: «Ein Grüner macht blau».

Mit den besten Wünschen für die Zukunft!

Antonio Bauen»

Lieber Antonio, mit grosser Rührung habe ich deinen Brief gelesen. Ich muss gestehen, dass ich ein paar Lektionen in schweizerdeutscher Phonetik nehmen musste, um die Passage des Dichters Kurt Marti richtig auszusprechen. Ich hoffe, dass meine Diktion dem verwendeten Idiom treu war und dass deine Ohren durch meine Aussprache nicht verletzt wurden. Der grosse Reichtum dieses Parlaments besteht darin, dass es sich nicht darauf reduziert, in seinen Reihen nur – in Anführungszeichen – «biedere» politische Persönlichkeiten zu haben, die gewählt werden, um nach Bern zu gehen, um hier Dogmen, dort eine Region, hier wieder eine kulturelle Besonderheit zu verteidigen. Nein – die Realität ist, wie in allen Dingen, viel komplexer. Die Realität ist das Abbild des Menschen. Der Zusammenfluss von Erfahrungen, Befindlichkeiten und Lebenswegen.

Antonio, mit diesen Zeilen hast du uns, wenn das noch nötig wäre, gezeigt, dass hinter dem Politiker, der sich sehr für die Umwelt einsetzt, die du in diesen elf Jahren in diesem Parlament vertreten hast, ein Mann mit extremer Sensibilität steckt. Poesie, Politik, die Härte der Natur, die Schönheit einer Landschaft, Herausforderungen, Sport, Meditation, menschliche Beziehungen, Respekt vor Institutionen, aber auch Hoffnung in die Jugend und in die Zukunft. Alles vermischt und konzentriert sich in deiner Persönlichkeit. Das Leben in dieser Welt hat dich nicht gleichgültig gelassen. Die Gewährleistung ihrer Kontinuität war eine deiner treibenden Kräfte. Wir alle danken dir für dein grosses Engagement.

Du bist am 1. Juni 2010 in den Grossen Rat eingetreten, und du wirst ihn am 31. August 2021 endgültig verlassen. Zu diesem Zeitpunkt wirst du zwei und drei Viertel Legislaturperioden erlebt haben, und du kanntest sowohl das alte wie auch das neue Parlamentssystem. So warst du zwischen 2010 und 2014, also unter dem alten Regime, Vorsitzender der Kommission zum Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen, Vizepräsident der Kommission Volkswirtschaftliche Bedeutung der erneuerbaren Energien für den Kanton Bern sowie Mitwirkender im Vernehmlassungsverfahren zur Rahmenbewilligung für das Kraftwerk Mühleberg und bei der Teilrevision der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes, hier insbesondere zum Thema Lockerung der Bestandesgarantie der Gemeinden.

Seit der institutionellen Revolution 2014 warst du stellvertretendes Mitglied der SAK, seit Januar 2016 ordentliches Mitglied der Justizkommission. Für die SAK warst du von November 2014 bis Mai 2018 im Ausschuss interparlamentarische Konferenz Nordwestschweiz. Deine Interventionen waren nicht nur auf die Umwelt beschränkt. Du wolltest die Freiwilligenarbeit bei der Rekrutierung und der Lohnentwicklung der Kantonsangestellten wertschätzen. Du verteidigtest die Idee, Hochzeiten in privaten Räumen zu feiern, und du setztest dich insbesondere auch für die Nachhaltigkeit von SwissSkills im Kanton ein.

Antonio, wir wünschen dir viel Glück und Elan beim Verfolgen deiner ökologischen und sozialen Ideale, bei der Vertiefung deiner literarischen und humanistischen Überlegungen, und vor allem, dass du bald wieder einer deiner grossen Leidenschaften frönen kannst: der Fasnacht – als «Tätschmeister» der «Schyshüsler Schmünzlinger» (*Heiterkeit / Hilarité*)

Die Anwesenden erheben sich zu anhaltendem Applaus. /

L'assemblée se lève pour une longue ovation.

Jürg Marti, Steffisburg (SVP)

Le président. Der Letzte, der geht, ist Grossrat Jürg Marti, SVP. Ich lese das Mail, das du, Jürg, am 25. Mai 2021 Stefan Costa geschrieben hast:

«Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren des Regierungsrats, sehr geehrte Damen und Herren des Grossen Rats des Kantons Bern, sehr geehrter Herr Generalsekretär des Grossen Rats, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Mitarbeitende des Kantons Bern

Seit Jahrzehnten steht «Politik» im Fokus meines Lebens. In den letzten rund zwei Jahrzehnten sogar entscheidend. So durfte ich bereits mit knapp 30 Jahren die Verantwortung als Gemeindepräsident von Steffisburg übernehmen. Die einmalige Chance bot mir sehr viel Neues, wertvolle Erfahrungen und persönliche Kontakte, welche mich teilweise seit Jahren begleiten. Im Januar 2020 durfte ich neu auch auf kantonaler Ebene im Grossen Rat Einsitz nehmen. Ganz gespannt betrat ich

das altehrwürdige Parkett im Berner Rathaus und durfte wiederum facettenreiche Eindrücke sammeln.

Auch wenn mein Amtsantritt in Bern von kurzer Dauer ist, ist die Zeit gekommen, mich persönlich neu auszurichten und neue Wege zu gehen. Bereits am 9. April 2021 eröffnete ich, dass ich das Gemeindepräsidium von Steffisburg Ende Jahr in andere Hände legen werde. Somit gebe ich einem bedeutenden Teil meiner politischen Tätigkeit ab und werde mich wieder der Privatwirtschaft zuwenden. In diesem Zusammenhang stellte ich mir auch die Frage, ob ich weiterhin als Grossrat tätig sein kann bzw. will. Persönlich musste ich im letzten Jahr feststellen, dass mein Herz klar für die Exekutivebene schlägt und ich als Parlamentarier die Rolle nicht mit dem nötigen inneren Feuer ausüben kann, obschon ich viel Zeit für das Einarbeiten investiert habe. Der Rollenwechsel gelang mir nur beschränkt. Fazit: Ich werde nach der Sommeression mein Mandat als Mitglied des Grossen Rats des Kantons Bern und als Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission per 30. Juni 2021 niederlegen. Es ist jetzt die Zeit gekommen, das Amt und die «Ehre» einer anderen Person freizugeben.

Ich wünsche die beste Gesundheit, viel Erfolg und weise Entscheide für das Weiterkommen des Kantons Bern und demzufolge zugunsten des Wohls der gesamten Bevölkerung.

Herzliche Grüsse

Jürg Marti»

Lieber Jürg, die Qualität eines Parlamentariers wird nicht immer daran gemessen, wie viele Jahre er seine Sohlen auf dem Boden des Rathauses und der BERNEXPO er abgenutzt hat oder wie viele Reden er gehalten hat, wie oft, wie lange, wie viel. 2020 hast du den Berner Grossen Rat betreten und geehrt durch das dir anvertraute Mandat. Im Jahre 2021 wirst du gehen, weil du dich entschieden hast, dein Leben neu auszurichten, dich auf dein Berufsleben zu konzentrieren und nach zwanzig Jahren in der Politik, darunter auch als Gemeindepräsident in Steffisburg, die Handschuhe an den Nagel zu hängen.

Keiner urteilt – alle verstehen es. Wir sind alle aus unseren eigenen Gründen hier: Gelegenheit, Glück, Zufall, Schicksal. Kein Parlamentsmitglied sitzt hier gegen seinen Willen, und wenn du diesen edlen Kreis plötzlich verlassen musst, dann deshalb, weil es das Leben so gewollt hat. Dein Weg durch die Reihen der BERNEXPO zeigt uns auch die Bescheidenheit, die dir eigen ist, und wenn du früher hättest in den Grossen Rat eintreten können, hättest du das vielleicht auch getan und hättest damit auch mehr Zeit hier verbringen können. Aber du kannst stolz darauf sein, dass du dich dazu bereiterklärt hast, das Grossratsmandat anzunehmen und sowohl die Ehre die Anforderungen des Mandats zu tragen, und du darfst mit gutem Gewissen gehen.

Lieber Jürg, wir alle wünschen dir nur das Beste auf deinem weiteren beruflichen Weg und danken dir für dein Engagement.

Die Anwesenden erheben sich zu anhaltendem Applaus. /

L'assemblée se lève pour une longue ovation.

Kurze Pause / Courte pause

Le président. Quel silence. – Nous arrivons au terme de cette session d'été. J'aimerais vous remercier toutes et tous pour votre engagement, pour les débats constructifs que nous avons pu mener dans cette enceinte. Je remercie en particulier Patrick Trees et ses collaborateurs et collaboratrices pour la bonne collaboration, les Services parlementaires, la Chancellerie d'Etat et l'administration de l'Hôtel du gouvernement ainsi que toutes les fourmis ouvrières qui nous ont permis de travailler dans d'excellentes conditions.

J'aimerais me réjouir que la prochaine session de septembre ait lieu au « Rathaus ». Je crois que nous aspirons tous à nous retrouver au centre de la vieille ville pour cette occasion. Je vous signale simplement que la décision sera prise fin juillet de retourner au « Rathaus » ou pas, en fonction, évidemment, des circonstances sanitaires du moment. Je me réjouis aussi de vous accueillir toutes et tous à Tramelan le 9 septembre. Retenez la date, il n'y aura pas d'excuses autorisées. (*Heiterkeit / Hilarité*) D'ici-là, je vous souhaite un bel été à toutes et tous et je vous rappelle que je vous

enverrai encore un mail pour ce projet du Grand Conseil solidaire auquel, j'espère, vous allez tous participer avec enthousiasme et entregent. Voilà, bonne fin de journée à vous et à bientôt. (*Applaus / Applaudissements*)

*Schluss der Sitzung und der Session um 11.15 Uhr. /
Fin de la séance et de la session à 11 heures 15.*

Protokoll: / Procès-verbal :
Katrín Burkhalter (d)
Ursula Ruch (f)